Nummer 8 — Hannover, 23. Februar 1929 — 38. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile. — Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Präll, Hannover. Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Vorschläge der Gewerkschaften zum Ausbau der Invalidenversicherung.

Am 21. Januar wandten sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der Deutschen Gewerkvereine mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister, in der sie ihm ihre Vorschläge zum Ausbau der Invalidenversicherung unterbreiten.

Die wichtigsten der aufgestellten Forderungen zum Ausbau der Leistungen sind kurz wie folgt zusammenzufassen:

1. Erhöhung der Renten durch Ausbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen.
2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 Proz.
3. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität.
4. Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach § 1311 RVO.
5. Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Es sind weiter besprochen worden, aber als zur Zeit nicht vordringlich zurückgestellt worden u. a. folgende Forderungen:

a) Erhöhung des Grundbetrages der Renten,

b) Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.

Wir halten die Einführung einer höheren Versicherungsmöglichkeit für notwendig und nicht mehr länger aufschiebbar. Dazu schlagen wir den Aufbau ausreichenderer weiterer Lohnklassen mit entsprechend höheren Beiträgen vor. Es sind bei den heutigen Lohnverhältnissen in der Industrie und im Gewerbe mindestens Lohnklassen erforderlich von 36 bis 45, 45 bis 54, 54 bis 70 und über 70 Mark. Die Verrechnung der höheren Beiträge in Steigerungssätzen hat die notwendige Erhöhung der Renten zur Folge.

Höhere Beiträge decken im Verhältnis zu niedrigen Beiträgen auch viel leichter und auf längere Dauer die aus den Steigerungsbeiträgen erwachsenden Lasten. Das veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Beitragsklasse	in 30 Jahren 1560 Beiträge	Invalidenrente jährlich (ohne Reichszuschuß u. Kinderzuschuß)	Die Beiträge reichen zur Deckung für
	Mk.	Mk.	
II	936	355,50	2 Jahre 7⅔ Monate
III	1404	448,80	3 „ 1½ „
IV	1872	542,40	3 „ 5⅓ „
V	2340	636,—	3 „ 8 „
VI	2808	729,60	3 „ 10 „
VII	3120	792,—	3 „ 11⅓ „

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß in den Beitragsklassen II und III durchschnittlich noch nicht für drei Jahre Deckung in den Beiträgen gegeben ist, während in der Klasse VII die Deckung schon für annähernd vier Jahre reicht.

Zur Befürwortung der Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 Prozent wollen wir darauf verweisen, daß bei der für den Bezug der Rente notwendigen zwei Drittel Invalidät große Härten unterlaufen, die zweifellos vermieden werden, wenn die Grenze herabgesetzt wird. Ältere Arbeiter, die nach ihrer Arbeitsleistung mehr als zur Hälfte invalide sind, erhalten keine Rente, weil bei der heutigen Praxis der Versicherte nahezu vollständig arbeitsunfähig sein muß, bevor er Rente zugesprochen erhält. Diese mehr als halbinvaliden Arbeiter finden bei den heutigen intensiven Arbeitsmethoden, sofern sie arbeitslos werden, in den Betrieben kein Unterkommen mehr. Für sie zu sorgen, ist moralische Pflicht. Die Invaliditätsgrenze mit 50 Prozent besteht in der Angestelltenversicherung übrigens von Anfang an. Zur Berechnung der daraus entstehenden Kosten kann u. E. die Knappschaftsversicherung nicht zum Vergleich gestellt werden, weil der im Knappschaftsversicherungsgesetz in den §§ 36 und 37 festgelegte Begriff der Berufsunfähigkeit sich nicht mit dem Begriff der halben Invalidität deckt.

Bei der Herabsetzung der Invaliditätsgrenze auf 50 Prozent könnte auch die Ausdehnung der Versorgung der Witwen auf die Durchführung des Antrages, Reichstagsdrucksache 692 Abs. 3, beschränkt werden. Der Antrag fordert eine Gewährung der Rente für alle über 50 Jahre alten Witwen und für solche, die minderjährige Kinder zu erziehen haben. Die danach nicht versorgten Witwen werden gleichfalls Rente erhalten, wenn sie 50 Prozent statt bisher 66⅔ Prozent erwerbsbeschränkt sind.

Unsere weitere Forderung auf Beseitigung der Kürzungsbestimmungen beim Zusammentreffen mehrerer Renten durch Streichung des § 1311 bringt keine finanzielle Belastung. Die mit der Ausführung dieses Paragraphen erreichten Ersparnisse werden durch die Kosten der damit verbundenen Verwaltungsarbeit wieder aufgewogen. Die Anwendung der Bestimmung führt zu Ungerechtigkeiten und wird in der versicherten Bevölkerung nur als Schikane empfunden.

Gegenüber den amtlichen Darstellungen der Entwicklung des zukünftigen Rentenbestandes der Invalidenversicherung müssen wir erklären, daß wir nicht in der Lage sind, der dort vorliegenden pessimistischen Auffassung zu folgen. Die Kriegsfolgen haben offenbar den Rentenbestand außerordentlich ungünstig beeinflußt. Die jährlichen Zugänge an Invalidenrenten sind jedoch seit dem Jahre 1925 nicht mehr gestiegen. Im Jahre 1927 ist sogar ein vermutlich durch die Arbeitsmarktlage bedingter Rückgang von 260 000 auf 245 000 Renten eingetreten. Auch die Waisenrentenzugänge sind im Abnehmen begriffen — von 41 000 im Jahre 1924 auf 36 000 im Jahre 1927. Die Entwicklung des Witwenrentenzuganges läßt sich infolge des besonderen Zuganges bei der Neueinführung von Alterswitwenrenten im letzten Statistikjahr noch nicht beurteilen. Es dürfte jedoch, wie bei den anderen Renten, mit einem Rückgang zu rechnen sein. Wenn die durchschnittliche Laufzeit der Renten etwa neun bis zehn Jahre beträgt, so kann doch wohl damit gerechnet werden, daß nach Ablauf dieser Frist auch eine Stabilisierung des Rentenbestandes eintreten wird. Die Kriegswirkungen werden dann verebben. Eine Fortschreibung der jetzigen jährlichen Erhöhungen des Rentenbestandes auf lange Zeit erscheint uns nicht gerechtfertigt.

Die Erhöhung des Grundbetrages der Renten (Reichstagsdrucksache 692 Abs. 1) kann u. E. aus folgenden Gründen zur Zeit zurückgestellt werden:

Die Zusammensetzung der Renten aus einem Grundbetrag von 240 Mark (einschließlich Reichszuschuß) und Steigerungssätzen in Höhe von 20 Prozent der geleisteten Beiträge wirkt sich auf die Rentenhöhe der verschiedenen Beitragsklassen ganz verschieden aus, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt:

Klasse	Verdienst wöchentlich	Monatliche Rente nach 30jähriger Beitragsleistung ohne Kinderzuschuß (1560) Wochen
	Mk.	Mk.
II	über 6—12	85,50
III	„ 12—18	43,40
IV	„ 18—24	51,20
V	„ 24—30	59,—
VI	„ 30—36	66,80
VII	„ 36	72,—

Daraus ergibt sich, daß in den niedrigen Beitragsklassen die nach 30 Jahren Beitrag zu erreichende Rentenhöhe in einem weit günstigeren Verhältnis zur Höhe des versicherten Lohnes steht, als in den höheren Beitragsklassen. In den Beitragsklassen I bis III wurden nach der Statistik vom Jahre 1927 = 35,5 Prozent aller Beiträge entrichtet. Es handelt sich also dabei um mehr als ein Drittel aller Versicherten, die vorwiegend in der Landwirtschaft oder in ländlichen Bezirken zu suchen sind.

Mit einer allgemeinen Erhöhung des Grundbetrages der Renten ist jedenfalls der schwere Mangel des heutigen Systems nicht zu beseitigen. Die gleichmäßige weitere Erhöhung der Renten würde Ausgaben verursachen, die bei der notwendigen Sparsamkeit beim Ausbau der Leistungen noch zurückgestellt werden müssen, bis eine gerechtere Versorgung aller Arbeiterschichten erreicht ist.

Die Durchführung der Herabsetzung der Altersgrenze würde nach den vorliegenden Berechnungen der sozialpolitischen Bilanz vom Jahre 1927 allein eine allgemeine Beitragserhöhung um 50 Prozent erfordern. Die mit der Gewährung von Renten an alle über 60 Jahre alten Arbeiter erhoffte wirtschaftspolitische Wirkung würde ausbleiben, weil die zu niedrige Rente keinen Rentenempfänger veranlassen kann, freiwillig auf verdienstbringende Beschäftigung zu verzichten und damit jüngeren Arbeitern zur Entlastung des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze freizugeben. Solange nicht eine Erhöhung der Renten erreicht ist, muß die Forderung zurückgestellt werden. Gegenwärtig würde die Durchführung der Forderung nur die Wirkung haben, daß andere Leistungserhöhungen auf längere Zeit hinausgeschoben würden, weil die Mehrbelastung zu groß ist.

Die Politik der niedrigen Löhne.

Lohnherabsetzungen bedeuten schlechte Geschäfts- und Wirtschaftspolitik, gleichviel ob es sich um allgemeine Lohnherabsetzungen oder um Lohnkürzungen in einer gegebenen Industrie handelt. Oft wird gesagt, daß die Löhne herabgesetzt werden müssen, wenn wir den Verkauf unserer Güter auf fremden Märkten steigern wollen. Die Antwort lautet, daß wir bei solchen Lohnreduktionen unseren gewinnbringenden Innenmarkt um vieles mehr schwächen, als wir die viel unsichereren Gewinne durch Verkauf auf fremden Märkten erhöhen. Die Erfahrung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die Falschheit zahlreicher Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist aber am jämmerlichsten zusammengebrochen.

Arbeitsminister Davis (U. S. A.) im Jahresbericht 1927.

Das Arbeitsschutzgesetz im Reichstag.

Am 7. Februar beschäftigte sich der Reichstag mit dem Arbeitsschutzgesetz. Der Entwurf kann uns in seiner jetzigen Gestalt nicht gefallen, trotz der vorhandenen Verbesserungen, die an ihm vorgenommen worden sind, seit er wiederholt zur Diskussion stand. Der Reichsarbeitsminister Wissell hob einleitend die an dem Entwurf vorgenommenen Verbesserungen hervor. Unter anderem erklärte er:

Bei der Wiedereinbringung dieses schon von der vorigen Regierung ausgearbeiteten Gesetzes war die öffentliche Diskussion zu berücksichtigen, die sich besonders mit der Arbeitsaufsicht beschäftigt hat. Auch die Vorschläge des ADGB. lagen vor und waren zu beachten. Die Verreichlichung der Arbeitsaufsicht muß noch zurückgestellt werden. Eine Reihe Verbesserungen hat der Entwurf unter der neuen Regierung schon erfahren. Die vielen Ausnahmen sind bedauerlich, waren aber unvermeidlich und werden aufgewogen durch den einheitlichen Grundcharakter des Gesetzes. Übrigens ist die Zahl der Ausnahmen gegen früher im Wesen vermindert. Man wird nicht bestreiten können, daß das Gesetz uns dem einheitlichen Arbeitsrecht näher bringt und einen wichtigen sozialen Fortschritt bedeutet. Er liegt vor allem in der Ausdehnung des Arbeitsschutzes auf alle Betriebe und auch auf die Angestellten.

Der Maschinenschutz und der Schutz gegen Giftstoffe soll in Zukunft nicht erst bei der Verwendung, sondern schon bei der Herstellung einsetzen. Häusliche Arbeit und solche bei anderen Unternehmern wird auf das Höchstmaß der Arbeitszeit angerechnet. Gegen jetzt 600 Überstunden sollen künftig nur 300 im Jahr zulässig sein. Ununterbrochene Betriebe sollen zum Dreischichtensystem übergehen. Der Jugendschutz beginnt mit 16 statt 18 Jahren, Kinderarbeit soll erst vom vollendeten 14. Lebensjahr erlaubt sein, auch der Frauenschutz ist verbessert, der Geltungsbereich der Sonntagsruhe wird erweitert, in die Höchstarbeitszeit die Sonntagsarbeit eingerechnet werden. Die Möglichkeit der Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses ist vorgesehen.

Auch ohne Verreichlichung tritt eine starke Vereinheitlichung der Organisation ein. Landarbeitsschutzämter für nicht zu kleine Bezirke, nötigenfalls unter Zusammenziehung mehrerer Länder, müssen errichtet, dem Reichsarbeitsminister die Regelung der Abgrenzung, Personalausbildung, Berichterstattung usw. zugewiesen werden.

Der Fraktionsredner der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Graßmann, zweiter Vorsitzender des ADGB., hat in seiner Rede gesagt, was notwendig zu sagen war. Weil wir uns seinen Ausführungen vollinhaltlich anschließen, bringen wir sie im wesentlichen zum Abdruck. Graßmann führte aus:

In den hauptsächlichsten Forderungen des Arbeiterschutzes, ganz besonders in bezug auf die Arbeitszeit, gibt es in der Arbeiterschaft keine politische Differenzierung. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern die Ratifizierung der Washingtoner Achtstundenkonvention. Das neue Arbeitsschutzgesetz soll die Basis für diese Ratifizierung darstellen, es soll die Magnacharta für den Schutz des wertvollsten menschlichen Gutes, der Arbeitskraft, sein — aber der Entwurf enttäuscht. Er trägt einer wirtschaftlichen Gestaltung Rechnung, die ungefähr 50 Jahre überaltert aussieht, so als ob es bei uns keine Rationalisierung gäbe, und als ob Kleingewerbe und Kleinhandwerk der Typus in Deutschland wären, als ob wir nicht über 2 Millionen Arbeitslose und hunderttausende Kurzarbeiter hätten. Kürzung der Arbeitszeit ist eins der wirksamsten Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Dies ist in allen Industrieländern nicht mehr bloß eine Konjunktur erscheinung, sondern ein Dauerzustand, dem die Gesetzgebung gründlich zu Leibe gehen müßte. Niemand verlangt, daß bei besonderen Notständen der Achtstundentag streng innegehalten werden müßte. In anderen Ländern sieht man die Kürzung der Arbeitszeit bereits als wesentliches Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Die amerikanischen Gewerkschaften fordern die Fünftagewoche und begründen das mit der Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen, deren Unterbringung in absehbarer Zeit unmöglich erscheint. Diese Unternehmer in Amerika stimmen dem zu. Die Arbeiter sind dort so entlohnt, daß sie eventuell den sechsten Arbeitstag entbehren können. Möglichste Erhöhung der Löhne und damit der Kaufkraft. Kürzung der Arbeitszeit und dadurch die Möglichkeit, den erworbenen Lohn umzusetzen, bringt allein Gesundung der Wirtschaft. Das wird im Ausland anerkannt, von den deutschen Unternehmern aber nicht.

Verantwortlich für diesen Entwurf zeichnet ein sozialdemokratischer Minister. Er ist der Kugelfang für alle Vorwürfe gegen den Entwurf. Aber Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß das Gesetz seinem Wesen und seiner Natur nach einer früheren Regierung entsprungen ist und Körperschaften passiert hat, die seiner fortschrittlichen Ausgestaltung nicht günstig waren. Im Reichswirtschaftsrat wurde das Gesetz nicht verbessert, im Reichsrat durch stark partikularistische Neigungen wesentlich verschlechtert. Darum sind wir zur sorgfältigen Prüfung verpflichtet. Das Grundübel des Entwurfs ist, anstatt eine prinzipielle Bindung herbeizuführen, die Ausnahmen zur Regel zu erheben. Wir warnen vor übereilter Beratung. Klarheit über eine ganze Reihe Ausnahmen muß geschaffen werden. Die Regelung für den Bergbau unter Tage darf nur unter genauer Berücksichtigung der bergbaulichen Interessen erfolgen. Wir können Ausnahmen für Betriebe bis zu drei Beschäftigten höchstens vorübergehend gewähren. Die baldige Vorlegung eines Land- und Forstarbeitergesetzes, eines Hausangestelltengesetzes sowie von Gesetzen über die leitenden Angestellten und über die Heimarbeiter ist unaufhaltsam. Wir sehen keinen Anlaß, die Arbeiter der Torfgewinnung, des Lohnfuhrwerks, der Molkerei- und Käsebetriebe vom Achtstundentag auszunehmen. Bei den Familienbetrieben kann man darüber reden, ob die eigenen Kinder von der gesetzlichen Arbeitszeitgrenze ausgenommen werden, aber die Pflege- und Ziehkinder in dieser Beziehung den eigenen Kindern gleichzustellen, ist höchst bedenklich. Ausgenommen soll auch das Personal der Heil- und Pflegeanstalten sein. Wer diesen außerordentlich aufreibenden Dienst kennt, der die Menschen schon in der Mitte ihres Lebens verbraucht, der wird ihnen den Schutz des Achtstundentages sichern wollen. Auch die Ausnahme für die Betriebe bis zu fünf Beschäftigten ist nicht berechtigt. Das Handwerk müßte doch ein Interesse daran haben, seine Arbeiter zufrieden zu erhalten, damit sie nicht bei der ersten Gelegenheit in die Industrie

abwandern. Es handelt sich da um 3 Millionen Beschäftigte, eine so große Ausnahme ist nicht zu rechtfertigen. Wir würden dadurch auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens uns selbst erschweren. In wenigen Wochen dürften die Neuwahlen in England die Arbeiterpartei an die Regierung bringen. Da müssen wir eine Maßnahme vermeiden, die den englischen Gegnern des Achtstundentages wie gerufen käme, um die Ratifizierung durch die Arbeiterregierung zu verhindern. In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen soll die Arbeitszeit der Beamten auch für die Angestellten gelten; richtiger wäre es, die Schutzbestimmung für die Arbeiter auf die mitbeschäftigten Angestellten und Beamten auszudehnen. Wir wünschen in den öffentlichen Betrieben nicht solche Zustände wie bei der Reichsbahn.

Die Bestimmung, daß bei Streiks und Aussperrungen die versäumte Arbeitszeit nachher eingeholt werden soll, beruft sich in der Begründung darauf, daß das schon wiederholt vereinbart worden sei. Das ist aber nur bei Unterbrechung von 1 bis 2 Tagen geschehen und würde bei einem mehrwöchigen Kampf das Privileg der Überstundenschiebung für ein halbes Jahr festlegen! Die Bauunternehmer fordern seit langem den Zehnstundentag mit Berufung auf die Dringlichkeit der Arbeit während der guten Jahreszeit. Der Entwurf will einen solchen Arbeiter auch in einem anderen Beruf zu der gleichen Arbeitszeit verpflichten, etwa wenn ein Bauarbeiter während der Kampagne in der Zuckerfabrik arbeitet. Es besteht gar kein Anlaß, das festzulegen, zumal wir 4 Millionen feiernde Hände haben. Auch Bestimmungen, wie die, daß vorbereitende und ergänzende Arbeiten bis zu zwei Stunden am Tage beanspruchen können, über die Arbeitsbereitschaft und über die Überstunden sind sehr anfechtbar.

Wenn 300 Überstunden im Jahre zugelassen werden, so bedeutet das praktisch den Neunstundentag. Die Gewerkschaften haben niemals die Verweigerung von Überstunden empfohlen, aber wir verlangen ihre tarifliche Regelung. Kontrollbefugnis für die Gewerkschaften und Maßnahmen gegen Mißbrauch sowie 120 Überstunden im Jahr als Höchstzahl. Für das Be- und Entladen von Schiffen mögen Überstunden berechtigt sein, besonders wenn es sich um verderbliche Waren handelt. Jetzt will man aber auch das Bankgewerbe und Zeitungsgewerbe dazu berechtigen. Gibt es denn auch leichtverderbliche Akten? Und das Zeitungsgewerbe könnte nötigenfalls am Freitag für die letzten Nummern der Woche Hilfspersonal einstellen.

Buntscheckig ist auch dieser Gesetzentwurf mit seinen viel zu vielen Ausnahmen. Wir wünschen klare Bestimmungen. Der Entwurf macht den Neunstundentag zur Regel, den Zehnstundentag zur zahlreichen Ausnahme und er ermöglicht sogar eine zwölfstündige Arbeitszeit. Wir aber halten am Achtstundentag fest! (Lebh. Zustimmung links und im Ztr.)

In der Arbeitsaufsicht haben partikularistische Gedanken die einheitliche Neuorganisierung auf Reichsgrundlage verhindert, die allein eine vorbildliche Organisation des Arbeiterschutzes ermöglicht hätte.

Die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums sind im Entwurf viel zu eng begrenzt. Die Zerreißung der Aufsichtsbezirke nach Ländergrenzen muß beseitigt werden. Wir werden vielleicht den Entwurf des ADGB. als Initiativantrag wieder vorlegen. Die Bestimmungen über die personelle Besetzung der Aufsichtsämter gibt nicht die Gewähr, daß der Mann der praktischen Erfahrung zur wirklich durchgreifenden Kontrolle berufen wird, wie wir es fordern. Ebenso müssen wir die Übertragung der Arbeitsaufsicht in Reichsbetrieben einschließlich der Reichsbahn an die Dienstbehörde bekämpfen, denn die Arbeitsaufsicht muß unabhängig sein.

Wir vermissen in dem Entwurf die Festlegung eines Ersatzruhetages für Sonntagsarbeit. Wir fühlen uns besonders verpflichtet, bei diesem Gesetz für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft einzutreten. Die Arbeiter und Angestellten gehören doch auch zur Wirtschaft, und sind der wertvollste Teil davon, sie sind durch ihre Leistung, durch ihre Persönlichkeit und Tätigkeit wichtiger und notwendiger für die deutsche Wirtschaft als die grob materiellen Dinge. Wir werden im Ausschuß unsere ganze Kraft einsetzen, um den Gesetzentwurf zu dem zu machen, was die Arbeiterschaft draußen von uns verlangt. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Soz.)

Das Wirtschaftsjahr 1928 in Großbritannien.

Die im abgelaufenen Jahre eingetretene Abnahme der Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen und die Zunahme des Umfanges der Arbeitslosigkeit sind deutliche Anzeichen einer wenig befriedigenden Wirtschaftslage. Im Juli 1927 unterlagen der Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit 12 131 000 Personen, im Juli 1928 aber nur 11 882 000. Der Rückgang beläuft sich auf rund eine Viertelmillion. Im Kohlenbergbau allein, der am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, verminderte sich die Zahl der versicherten Personen um 23 000. Eine erhebliche Abnahme der versicherten und damit der überhaupt beschäftigten Arbeitnehmer erfolgte auch in der Metallindustrie, im Schiffsbau und in der Textilindustrie.

In der Keram- und Glasindustrie führte die Verschlechterung des Geschäftsganges ebenfalls zu einem Rückgang der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen. Dagegen trat in der chemischen Industrie, in der Sprengstoffindustrie und in der Gummiindustrie eine Zunahme ein.

Die Veränderungen in diesen und einigen anderen Industrien sind in der folgenden Tabelle angegeben:

	Zahl der Versicherten 1927	1928
Grobkeramikindustrie	87 160	81 140
Feinkeramikindustrie	72 530	70 890
Glasflaschenindustrie	18 340	17 400
Sonstige Glasindustrie	25 370	24 770
Chemische Industrie	95 420	100 300
Sprengstoffindustrie	18 960	20 050
Farbenindustrie	18 720	18 630
Öle, Fette usw.	80 080	76 210
Papiererzeugung	54 960	53 450
Gummiindustrie	59 920	62 650
Spielwarenindustrie	11 750	11 710

Von allen gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen waren 1927 im Durchschnitt 9,7 Prozent arbeitslos, 1928 aber 10,9 Prozent. Voll arbeitslos waren 1927 7,4 Prozent und 1928 8,3 Prozent, Kurzarbeiter waren 1927 2,3 Prozent und 1928 2,6 Prozent. Bis zum März waren 1928 die monatlichen Arbeitslosenstände geringer als 1927, von April an waren sie höher. Der Prozentsatz der Arbeitslosen (einschließlich der Kurzarbeiter) nahm vom Juni bis November fortwährend zu; im Dezember fand eine geringe Abnahme statt.

Für die Industrien, die uns besonders interessieren, ist der Umfang der Arbeitslosigkeit am Ende jedes Vierteljahres nachstehend verzeichnet.

	März 1928	Juni 1928	Sept. 1928	Dez. 1928	Dez. 1927
	(In Prozenten der Versicherten.)				
Grobkeramikindustrie	12,2	10,1	11,4	13,3	9,3
Feinkeramikindustrie	12,8	16,7	13,8	16,7	4,7
Glasflaschenindustrie	15,8	17,2	21,4	18,3	12,2
Sonstige Glasindustrie	9,5	10,4	9,6	9,5	7,4
Chemische Industrie	5,7	6,2	6,0	6,2	5,3
Sprengstoffindustrie	5,8	5,0	5,0	4,9	4,9
Farbenindustrie	4,0	4,0	4,6	4,4	4,2
Öle, Fette usw.	5,8	6,4	6,1	6,3	4,8
Papiererzeugung	5,2	3,9	5,2	3,8	3,1
Gummiindustrie	6,8	6,4	3,8	7,3	5,7
Spielwarenindustrie	5,8	5,0	7,1	6,0	4,3

In der Grobkeramik herrschte das ganze Jahr hindurch schlechter Geschäftsgang. Der hohe Arbeitslosenstand in der Feinkeramikindustrie war durch die große Zahl der Kurzarbeiter bedingt. In beiden Gruppen der Glasindustrie war die Vollarbeitslosigkeit von großem Umfang, Kurzarbeit jedoch nicht sehr bedeutend. Verhältnismäßig gut war die Konjunktur in der chemischen Industrie, der Sprengstoffindustrie, der Erzeugung von Farben, Ölen usw. und in der Papierfabrikation. In allen diesen Industriezweigen überschritten die Arbeitslosenziffern nur wenig jene des Jahres 1927. Eine erhebliche Verschlechterung trat in der Gummiindustrie in der zweiten Hälfte 1928 ein.

Die Löhne behielten die sinkende Tendenz bei. Alle vom Arbeitsministerium ermittelten kollektiven Lohnänderungen brachten für 212 000 Arbeiter Erhöhungen und für 1 608 00 Arbeiter Senkungen der Löhne. Für die Keram-, Glas- und chemische Industrie, welche die amtliche Statistik der Lohnänderungen zu einer Gruppe zusammenfaßt, ergibt sich folgende Übersicht:

	Lohnerhöhungen	Lohnkürzungen
	Zahl der beteiligten Arbeiter	
1927	1350	4750
1928	200	4250

Wird der Betrag der Lohnerhöhungen von dem Betrag der Lohnkürzungen abgezogen, so war das reine Ergebnis der Lohnänderungen 1927 eine Lohnreduktion der beteiligten Arbeiter um 720 Pfd. St. (etwa 14 400 Mk.) und 1928 eine Lohnreduktion um 685 Pfd. St. (etwa 13 700 Mk.) in der Woche.

Die Veränderungen der Normalarbeitsdauer waren im allgemeinen unbedeutend. In unseren Industriezweigen kamen sie 1928 überhaupt nicht vor.

Die Kosten der Lebenshaltung waren zu Anfang des Jahres 1928 um 66 Prozent, am Jahresschluß aber um 68 Prozent höher als im Juli 1914. Eine vorübergehende Senkung der Kleinhandelspreise bestand im Februar bis April; von Mai an folgte wieder ein Ansteigen.

Die Zahl der 1928 vorgekommenen Arbeitskämpfe betrug 302 mit 124 300 beteiligten Arbeitern; auf die Keram-, Glas- und chemische Industrie trafen davon 3 Arbeitskämpfe mit 300 beteiligten Arbeitern. Besondere Angaben für die Papiererzeugung, die Gummiindustrie und die Spielwarenindustrie liegen nicht vor.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Großbritannien ging seit 1921 im allgemeinen zurück, nur in einem Jahre, 1924, hat eine geringe Zunahme stattgefunden. Ende 1926 hatten alle bestehenden Gewerkschaften zusammen 5 207 000 Mitglieder, Ende 1927 waren noch 4 908 000 Mitglieder vorhanden, und im Jahre 1928 ist ein weiterer Rückgang um einige 100 000 wahrscheinlich. H. F.

Die

Lohnbewegungen, die unsere Organisation im kommenden Frühjahr einleiten wird, stellen auch an dich viele und ernsthafte Anforderungen. Wir können in den

kommenden

Verhandlungen mit den Arbeitgebern nur Erfolge haben, wenn wir wenigstens die überwiegende Mehrzahl aller Kollegen hinter uns haben, die von den

Lohnbewegungen

erfaßt werden. Noch besser ist es aber, wenn kein Arbeiter in unseren Reihen fehlt, wenn wir den Frühjahrsfeldzug eröffnen. Nutze darum die Zeit aus, um die in deinem Betriebe arbeitenden Unorganisierten zu er-

mahnen

sich uns anzuschließen, wenn sie von unserer Tätigkeit Lohnerhöhungen für sich erwarten. Wollen sie ernten, müssen sie auch säen. Zu ernten, wo man nicht gesät hat, ist unehrenhaft. Und weil von der Zahl der Kämpfer nicht zum wenigsten der Erfolg abhängt, so bemühe

dich

möglichst viele noch unorganisierte Arbeiter dem Verbande zuzuführen.

Bericht des Gaues 15 über das Jahr 1928.

Die allgemeine Wirtschaftslage in fast allen Industriegruppen war für die Mitgliederbewegung nicht ungünstig bis Ende Oktober. Im November traten jedoch einige Auftragmängel ein, die zu Einschränkungen der Arbeiterzahlen führten und erhöhte Arbeitslosenzahlen brachten. Trotzdem konnten wir unsere Mitgliederzahl um rund 3600 erhöhen. Die Löhne konnten in allen Industrien um 5 bis 12 Pf. pro Stunde erhöht werden. Dagegen war es nicht möglich, Verbesserungen in den Betriebstarifen bezüglich der Ortsklassenspannen zu erreichen. Hier leisteten die Arbeitgeber hartnäckigen Widerstand.

Nach langen Bemühungen ist es gelungen, für die Heimarbeiter in der Krabbenindustrie einen Fachausschuß zu bilden, der Anfang 1929 zum ersten Male zwecks Schaffung eines neuen Lohnvertrages in Tätigkeit tritt.

Leider sind auch einige Betriebsstillegungen erfolgt, die auf Konzernbestrebungen zurückzuführen sind. — So wurde Ende März die Lignose-Film-A.-G. in Büchen stillgelegt, nachdem sie von der J.-G. Farbenindustrie aufgekauft war. Die Produktion wurde nach Wolfen, Kreis Bitterfeld, verlegt. 500 Beschäftigte wurden hiervon betroffen. Dieser Fall hatte noch besondere Nachteile für die Arbeiter. Das zuständige Arbeitsamt weigerte sich, die den Arbeitern vom Werk vergütete Fahrgeldentschädigung von 3 Mk. pro Woche auf den Durchschnittsverdienst anzurechnen. Alle Beschwerdeinstanzen mußten von uns in Anspruch genommen werden. Erst nachdem der Spruchsenat in Berlin den Anspruch für berechtigt erklärte, beschloß die Spruchkammer in Schleswig am 1. Dezember, daß die Fahrgeldentschädigung als Verdienst anzusehen ist, wodurch den meisten Arbeitern die höhere Erwerbslosenunterstützung zuerkannt wurde.

Es sind dann weiter stillgelegt: die Margarinefabrik von Wahnschaffe, Müller & Ko. in Wilhelmsburg, die Ölfabrik Thörl, Quickborn-Elsensee, deren Produktion (45 Beschäftigte) nach Brake in Oldenburg verlegt wurde. Ferner die Ölfabrik Teutonia in Harburg-Wilhelmsburg mit 780 Beschäftigten und die Ölfabrik in Lübeck mit 120 Beschäftigten sowie die chemische Fabrik Guano-Werke in Friedrichstadt. Trotz Schließung dieser Betriebe war die Zahl der Beschäftigten in den drei in Frage kommenden Industrien höher als 1927.

In der Zementindustrie in Schleswig-Holstein treiben die Nationalisierungsbestrebungen recht eigenartige Blüten. Die Firma Alsen hat ihren Betrieb in Ahrsen in den Jahren 1923/24 vollständig umbauen und modernisieren lassen; im Jahre 1925/26 wurde der Betrieb in Lägerdorf umgebaut und neue Manstedter Öfen errichtet. Diese Umbauten haben die Firma mehrere Millionen Mark gekostet. Jetzt, nachdem die neuerrichteten Öfen etwa 2 Jahre in Tätigkeit sind, soll der Betrieb in Lägerdorf, mit Ausnahme der Kreideförderung, völlig stillgelegt, dafür aber der Betrieb in Itzehoe vergrößert werden. Es wird in absehbarer Zeit sicher auch der Ahrser Betrieb stillgelegt und die Produktion nach Itzehoe verlegt werden. Die Zusammenlegung der drei Betriebe bedeutet für die Firma eine erhebliche Ersparnis an Arbeitskräften und Betriebsmaterialien.

Die Ziegelindustrie geht immer mehr zu der Herstellung von Klinkermauersteinen über. Für diese blauen erklassigen Klinker wurden Preise gefordert bis 120 Mk. pro 1000 Stück, also ein recht einträgliches Geschäft. Aber auch diejenigen Ziegeleien, die keine Klinkersteine erzeugen, haben gute Gewinne erzielt. Der

Aus der Kinderzeit der deutschen Papierfabrikation.

Die Chinesen gelten als die Erfinder der Papierbereitung; sie verfertigten bereits vor dem Beginn unserer Zeitrechnung Papier aus den Fasern verschiedener Pflanzensorten. Nach Deutschland brachten erst die Kreuzfahrer diese Kenntnis, und man begann mit der Errichtung von Papiermühlen. Nach der Erfindung der Buchdruckerkunst nahm die Papierfabrikation einen ungeheuren Aufschwung, und bald hatte Deutschland auf diesem Gebiete eine der ersten Stellen eingenommen. Eine der ersten und für die damaligen Zeitverhältnisse größten Papierfabriken war die in dem schlesischen Gebirgsstädtchen Reinerz.

In welchem Jahre die dortige Fabrik errichtet wurde, läßt sich nicht mehr feststellen, doch aus dem Stadtbuche ergibt sich, daß ein Papiermüller Ambrosius Tepper seinen Anteil an der Papiermühle 1562 an den Nik. Kretschmar aus Sachsen verkauft hat. Dieser Betrieb wurde am 24. August 1601 von den Gebirgswässern infolge eines Wolkenbruchs weggeschwemmt.

1605 war der Bau einer neuen Fabrik fertig, den Gregorius Kretschmar, ein Sohn des Obengenannten, errichten ließ. Er entdeckte eine Quelle und erfand ein Mittel, durch das das gesammelte Wasser eine solche Beschaffenheit erhielt, „daß dadurch ein so gutes Papier gefertigt wird und dauerhaftes, als das Reinerzer noch ist; so daß es durch Jahrhunderte bleibt, ohne von Schaben und Motten angegriffen zu werden". Der Verfasser des vorstehenden Lobes schilderte weiter die Wasserverhältnisse: „Diese Quelle entspringt an der Mittagseite der Weistritz auf der einem Bürger gehörenden Wiese, und die Papiermühle hat das Recht erlangt, daß sie gegen einen jährlichen Zins von 45 Kreuzern, zu ewigen Zeiten, das Wasser auf der Wiese auffangen und zum Gebrauch auf die Werke führen darf." Dieser Kretschmar wurde von dem Kaiser Rudolf II. geadelt; er erhielt den Namen von Schenkendorf und starb 1623.

Ihm folgte im Besitze der Papiermühle sein Sohn Sam. Kretschmar von Schenkendorf. Dieser und sein Sohn nahmen wesentliche Vergrößerungen des Betriebes vor. Wegen der Schönheit des dort gefertigten Papieres erhielt die Fabrik den Auftrag, „alle Ämter und Dikasterein zu Breslau mit den Bedürfnissen derselben zu versorgen". Der Fabrikant erkaufte sich von der Regierung unter anderen Rechten die private Hadernsammlung durch die ganze Grafschaft Glatz. In mehreren Generationen hatte die Familie so viel erworben, daß sie sich zur Ruhe setzen und den Betrieb verkaufen konnte. Einer ihrer Nachkommen ist der bekannte deutsche Dichter Max von Schenkendorf.

Der neue Besitzer der Fabrik wurde Anton Heller aus Böhmisch-Friedland, der 1709 von dem kaiserlichen Rentamt einen ehemaligen durch Wasserkraft betriebenen Eisenhammer kaufte, den er mit bedeutenden Kosten zu einer Papierfabrik umbaute. Das zur Herstellung des Papiers dienliche Wasser leitete er durch Röhren in den Betrieb. Im 18. Jahrhundert trat infolge der immer mehr vervollkommneten Erfindung der Papiermaschinen, die das sogenannte endlose Papier herzustellen erlaubten, eine völlige Umwälzung in der Technik ein. Die Firma Heller schritt mit den Zeitverhältnissen fort; die Mühle wurde 1742 ganz nach holländischem Muster eingerichtet. Die königliche Kammer erweiterte das Privilegium der Lumpensammlung. Wegen des besonders schön ausfallenden feinen holländischen Papieres erhielt 1750 der derzeitige Inhaber des Betriebes Heller den Charakter als königlicher Hofpapiermacher Friedrich II. Auch Heller war ein reicher Mann geworden und er kaufte sich eines der größten Güter in der Grafschaft Glatz. Dort setzte er sich zur Ruhe.

Besitzer der Papierfabrik wurde der Schwiegersohn des letzten Inhabers, J. J. Offendorf. Inzwischen war immer mehr die Massenfabrikation eingetreten, die auch dazu führte, daß als Rohmaterial neben den bisher fast ausschließlich gebrauchten Lumpen (namentlich Leinwandhadern) andere billigere und reichlicher vorhandene Ersatzmittel wie Stroh, Holzstoff und andere pflanzliche Stoffe in steigendem Maße Verwendung fanden. Immer mehr wurde das alte Handformat (Büttenpapier) durch das Maschinenpapier verdrängt. Als Lieferant der Behörden behielt die Reinerzer Fabrik ihre Lumpenverwendung bei; doch durch die absterbende schlesische Leinwandweberei im Handbetriebe trat Mangel an Materialien ein, besonders für die zum feinen Papier, und dadurch wurden öfters Hemmungen im Betriebe verursacht.

Um die Größe dieses Betriebes, nach den damaligen Zeitverhältnissen, zu beweisen, schilderte 1793 ein Zeitgenosse, daß in ihm beschäftigt seien: „Acht Papiermacher, vier Jungen, ein Lehrling, vier männliche und neun weibliche Personen, und außer diesen sind gemeiniglich noch zehn bis zwölf Weiber mit Absenden, Schneiden der Materialien die meiste Zeit im Jahre beschäftigt. Jährlich werden in dieser Fabrik gefertigt: 20 Ballen allerlei feine Papiere, 360 Ballen Schreibpapier und 60 Ballen Packpapier." Theodor Müller (Breslau).

Jahresbericht einer städtischen Ziegelei, mit einer Jahresproduktion von 7 Millionen Steinen, weist aus, daß ein Nettoreingewinn von 40 800,63 Mk. erzielt worden ist, trotzdem die Ziegelei nur 9½ Monate in Betrieb war. Außerdem ist eine Reihe baulicher Änderungen und maschineller Verbesserungen im Geschäftsjahr vorgenommen. Eine andere Ziegelei mit einer Jahresproduktion von 4 Millionen erzielte einen Nettoreingewinn von 38 000 Mk. und eine dritte Ziegelei erzielte einen Nettoreingewinn von 18 872,50 Mark.

Die **Kalksandsteinindustrie** hat im Jahre 1928 außerordentlich an Ausdehnung gewonnen. Am 31. Dezember 1927 bestanden im Gau 15 22 Betriebe, am 31. Dezember 1928 28 Betriebe. Die Jahresproduktionsfähigkeit der sechs neuerrichteten Werke beträgt etwa 100 Millionen.

Die Arbeitgeber der **Papierindustrie** weigerten sich im Frühjahr, irgendwelche Lohnerhöhungen zuzugestehen. Bei den Tarifämtern kam es ebenfalls zu keiner Verständigung. Nachdem die Arbeitgeber in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt hatten, erklärten sich die Unternehmer zu Zugeständnissen bereit. Die erzielte Lohnerhöhung beträgt für die Arbeiterschaft im Gau 15 7 bis 8½ Pf. pro Stunde. Der Streik konnte nach dreitägiger Dauer wieder abgebrochen werden. Dagegen mußten unsere Kollegen in der Papierfabrik der Firma R. Weber, A.-G., in Leer einen Kampf von 27wöchiger Dauer führen, um einem Schiedsspruch Anerkennung zu verschaffen, den der Schlichtungsausschuß gefällt hatte. Daß der Kampf schließlich ergebnislos abgebrochen werden mußte, lag daran, daß die Firma ihre Aufträge von ihren übrigen Betrieben in Werthelm und Oberkassel erledigen ließ, und schließlich spielten auch die Organisationsverhältnisse im Betriebe eine wesentliche Rolle.

Das Gebiet von Oldenburg und der Unterweserstädte konnte bisher nicht so bearbeitet werden, wie es notwendig ist, doch dürfte mit der Anstellung eines Agitationsleiters auch hier Besserung im Interesse des Verbandes und der Arbeiter eintreten.

Otto Hilpmann.

Verschiedene Industrien

Die Kunstblumen-Industrie im Jahre 1928.

I.

Betrachtet man die deutsche Wirtschaft für das Jahr 1928 im allgemeinen, so sehen wir, daß sich im Laufe des Jahres Zeichen langsam sinkender Konjunktur bemerkbar machten. Diesen Zustand konnte man allerdings noch nicht als Krise bezeichnen. Aber nicht nur Deutschland, sondern auch andere Länder standen im Zeichen dieser langsam sinkenden Konjunktur. Nordamerika wurde von der Präsidentenwahl im Bann gehalten. Es erlebte nach spekulativen Ausschreitungen zeitweise einen gewissen Rückschlag. Das Problem der Erwerbslosigkeit stand deshalb auch dort zur Debatte. In England nahm die vorhandene Erwerbslosigkeit weiter zu. In anderen Ländern liegt die Entwicklung ähnlich.

Trotz ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Kunstblumen-Industrie 1928 im Vergleich zu 1927 und auch 1926 einen Aufschwung zu verzeichnen hat. Die Außenhandelszahlen haben sich in Wert und Menge erhöht. In allen Kunstblumen importierenden Ländern außer den Niederlanden und Spanien ist eine Erhöhung des Imports deutscher Kunstblumen festzustellen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben bei der Einfuhr deutscher Kunstblumenprodukte (Hut- und Dekoration) einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Derselbe wird aber ausgeglichen und überholt durch Mehreinfuhr von Papierblumen.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Ausfuhr von Kunstblumen aus Gespinstwaren sich 1928 im Vergleich zu 1927 um 316,98 dz im Werte von 1 Million Mark, die Einfuhr um nur 8 dz im Werte von 91 000 Mark erhöht hat. Die Ausfuhr von künstlichen Blumen usw. aus Papier hat sich um 4074 dz im Werte von 1 833 000 Mark, die Einfuhr um 86 dz im Werte von 86 000 Mark erhöht.

Die Gesamtausfuhr von Kunstblumen aus Gespinstwaren betrug 1928 = 5059,95 dz im Werte von 14 239 000 Mark, 1927 = 4742,97 dz im Werte von 13 248 000 Mark. Die Gesamtausfuhr von Kunstblumen aus Papier betrug 1928 = 15 577 dz im Werte von 10 472 000 Mark, 1927 = 11 503 dz im Werte von 8 639 000 Mark.

Der Doppelzentner-Durchschnittswert für Kunstblumen aus Gespinstwaren betrug 1928 = 2814 Mark, 1927 = 2804 Mark und 1926 = 2620 Mark. Im Vergleich zu 1926 hat sich der Doppelzentnerwert also um annähernd 200 Mark erhöht. Der Doppelzentner-Durchschnittswert für Kunstblumen aus Papier betrug 1928 = 672 Mark, 1927 = 751 Mark.

An der Exportaufwärtsentwicklung der Kunstblumen-Industrie im Jahre 1928 haben Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Kanada, der Australische Bund, das Britische Mittelmeer, Finnland, Österreich, die Tschechoslowakei, Italien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika regen Anteil. Als ausschlaggebend für die Exportentwicklung der deutschen Kunstblumen-Industrie sind zu nennen die Länder: Großbritannien, Kanada, die Vereinigten Staaten, der Australische Bund und die Niederlande.

Der Absatz von Kunstblumenprodukten im Inland ist ebenfalls als befriedigend zu bezeichnen. Doch lassen wir darüber einige Unternehmer selbst berichten. In der Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration" wird in Nr. 5 vom 2. Februar 1929 über die Geschäftslage im Inland u. a. folgendes gesagt:

„Der Blumen-Großhandelsverband, e. V., Sitz Hannover, läßt sich bekanntlich alljährlich von den hauptsächlichsten Lieferanten seiner Mitglieder über ihre Wahrnehmungen, Wünsche und Hoffnungen für die kommende Zeit berichten. Es sei von den Eingängen hier das folgende als wichtigstes Material wiedergegeben:

Kranzblumen.

„Im allgemeinen wissen Sie ja schon durch die Verhandlungen, welche gepflogen sind, daß das Geschäft im letzten Jahre ziemlich lebhaft war und auch wohl bei allen Fabrikanten dieses festzustellen sein wird. Ich kann Ihnen mitteilen, daß von Anfang des Jahres 1928 an das Geschäft infolge der Witterung sehr lebhaft einsetzte und auch sehr lebhaft geblieben ist mit Ausnahme der sogenannten direkten Sommermonate. An Hand meines Umsatzes und der gefertigten Mengen kann ich berichten, daß sich mein Geschäft im letzten Jahre ganz bedeutend gehoben und der quantitative Umsatz der letzten beiden Jahre 1927 und 1928 zusammengerechnet, also während der Zeit, seit welcher die Bruttopreise bestehen, quantitativ, also nicht nur nach dem Werte bemessen, um über 50 Prozent sich erhöht hat. Diese nicht unbedeutende Entwicklung ist zum Teil mit schuld an den teilweise verspäteten Lieferungen, welche bei mir vorgekommen sind. Die übrigen Gründe dafür sind auch Ihnen genügend bekannt, und ich brauche hierauf wohl nicht weiter einzugehen. Daß der Rückgang des Verbrauchs in Kranzblumen, wie vielfach behauptet wird und wie auch der letzte Bericht in Ihrem Verbandsorgan bekundet, nicht ganz den Tatsachen entspricht, geht aus dem Gesagten hervor. Ich habe das Empfinden, daß die Kranzblume in letzter Zeit wieder wesentlich mehr verarbeitet wird als in den Jahren zuvor und daß Zapfen und derartige Artikel der Kranzblume nicht mehr soviel Abbruch tun als es wohl gewesen ist und teilweise behauptet wird. — Der augenblickliche Geschäftsgang ist noch ein lebhafter. Es wurde infolge der Preiserhöhung, welche stattgefunden hat, der größere Teil der rückständig gebliebenen Kommissionen und auch der noch nicht erfüllten Abschlüsse für 1928 fast restlos abgerufen, so daß schon infolgedessen ein lebhafter Fabrikbetrieb herrscht. Aber erfreulicherweise sind seit dem 1. d. M. auch schon eine ganze Anzahl neue und nicht unbedeutende Aufträge eingegangen, woraus zu ersehen ist, daß doch hier und da die Lagervorräte gelichtet sind und wieder Bedarf eingetreten ist."

Von den Kunstblumenhändlern des Inlandes wird des öfteren über mangelhafte Belieferung geklagt. So wird z. B. in Heft 44 vom 3. November 1928 in der obengenannten Zeitschrift folgendes gesagt:

„Mit der Blumenbelieferung ist es eine eigene Sache: Unsere Hauptfabrikanten müssen jetzt um Lieferfrist ersuchen, besonders für neue Aufträge, um die Ausführung der früher erteilten nicht zu verschleppen. Verschiedene unserer Mitglieder werden noch die Schwierigkeiten des vergangenen Jahres in Erinnerung haben, wo die Blumenbelieferungen teilweise erst ganz kurz vor „Aller Heiligen" oder dem „Totenfest" erfolgten und neue Aufträge teilweise gar nicht mehr angenommen wurden. Wir hoffen, daß es uns in diesem Jahre nicht so geht; denn sonst nützt ja alle Empfehlung der künstlichen Blumen nichts."

Ob die erteilten Aufträge im Jahre 1928 restlos erfüllt wurden, ist noch nicht bekannt geworden, doch liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ein großer Teil von Aufträgen nicht erfüllt werden konnte, trotz aller Anstrengungen, die von seiten der Fabrikanten gemacht wurden. Hier rächt sich die Engherzigkeit der Fabrikanten der Kunstblumen-Industrie. Monate hindurch sind die Betriebs- und Heimarbeiter zum großen Teil erwerbslos. In Zeiten der Hochkonjunktur können dann die Fabrikanten ihre Abnehmer nicht befriedigen, weil nicht genügend Lagervorräte vorhanden sind. Würden in der Zeit der niedrigen Konjunktur, die jedes Jahr wiederkehrt, die brachliegenden Arbeitskräfte beschäftigt, dann könnten die Beschwerden der Abnehmer zum Verstummen gebracht werden.

Welche Anforderungen in Zeiten der Hochkonjunktur an die Beschäftigten der Kunstblumen-Industrie gestellt werden, geht aus einem Schreiben hervor, das eine sächsische Wachsblumenfabrik am 15. September 1928 an ihre Heimarbeiterinnen versandte. Der Text wie folgt:

„An unsere werten Heimarbeiterinnen!

Die Monate September, Oktober, November stellen in bezug auf Lieferungen an uns die allergrößten Anforderungen.

Obgleich wir in den geschäftsstillen Sommermonaten diesem Umstande durch Auffüllung der Läger weitgehend Rechnung getragen haben, läßt es sich doch nicht vermeiden, daß von dem einen Artikel zu viel und vom anderen wieder zu wenig fabriziert worden ist. Dadurch, daß die Bestellungen von seiten unserer Abnehmer leider immer erst im Herbst nach Eintritt des Bedarfs angegeben werden, ist es bei der Reichhaltigkeit unserer Fabrikate sehr schwer, im voraus zu bestimmen, welche Artikel in der Saison von unserer Kundschaft verlangt werden.

Aus diesem Grunde sind wir mit verschiedenen Artikeln im Lieferungsverzug.

Wir müssen deshalb an unsere werten Heimarbeiterinnen die Bitte richten, ihre bisherigen Lieferungen für die nächsten 6 bis 8 Wochen zu verdoppeln bzw. wesentlich zu erhöhen.

Unsere Ausgeberin Frau Jarschler ist angewiesen, für die nächste Zeit erhöhte Mengen an Sie auszugeben, und hoffen wir gern, daß Sie für unsere Lage Verständnis zeigen und Frau Jarschler in ihrer Aufgabe bereitwilligst unterstützen.

Wollen Sie sich also für das ganze Jahr hindurch Ihre regelmäßige Arbeit sichern, so unterstützen Sie uns jetzt bitte durch Ihre Mehrleistung. Hochachtungsvoll."

Daß die Fabrikanten für Wachsblumen ihre Kunden trotz eifrigster Anspornung der Heimarbeiterinnen nicht bedienen konnten, geht aus dem Bericht des Vorstandes des Blumen-Großhandelsverbandes, e. V., Sitz Hannover, abgedruckt in Nr. 48 vom 1. Dezember 1928 der Zeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration" hervor. Dort wird u. a. geschrieben:

„Zum Schluß wäre noch über Wachsblumen etwas zu sagen. Die Verhältnisse, die wir im letzten Monatsbericht geschildert haben, haben unverändert fortgedauert. Es war den bekannten Fabrikanten allem Anschein nach trotz größter Anstrengungen nicht möglich, die Ware so rechtzeitig auszuliefern, daß sie den Kunden, die sie zu „Aller Heiligen" und zum „Totenfest" verarbeiten wollten, noch früh genug in die Hände kamen. Auch hier sind eine ganze Anzahl Verärgerungen und Anmäkelungen erfolgt. Es wird Sache des Vorstandes sein, im Verein mit den Fabrikanten hier für die nächsten Jahre Änderungen zu bewirken; denn man kann es den Blumenhändlern nicht begreiflich machen, daß in künstlichen Blumen auch Mangel eintreten kann."

Damit sind die deutlichsten Beweise geliefert, daß durch die Saisonpolitik der Unternehmer in der Kunstblumen-Industrie insbesondere durch einen Teil der Unternehmen in Sachsen der Industrie großer Schaden zugefügt wird. H. Elflein.

Müssen wir entbehren?

Es ist kein Naturgesetz, daß der arbeitende Mensch niemals einen Arbeitsertrag erhält, der es ihm ermöglicht, anständig, warm und sauber zu wohnen, sich sauber und gut zu kleiden und ausreichend zu ernähren. Es geht wider den gesunden Menschenverstand, daß der Mensch, der mit seiner Arbeitskraft Kulturwerte schaffen hilft, durch den Mangel an Zeit und Mitteln von dem Genuß dieser Werte ausgeschlossen sein soll.

(Aus der sozialdemokratischen Frauen-Werbeschrift „Und Du?")

Berichte aus den Zahlstellen.

Aschaffenburg. Am Sonntag, dem 3. Februar 1929, fand im hiesigen Gewerkschaftshaus die Jahresgeneralversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 statt. Mit dieser Versammlung war zugleich die Feier des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle Aschaffenburg verbunden. Aus diesem Anlaß konnte unser 1. Bevollmächtigter, Kollege Karl Heeg, bei Eröffnung der Versammlung außer den Delegierten den Kollegen Karl Thiemig (Hannover) als Vertreter des Hauptvorstandes sowie Kollegen Adelbert Maier (Nürnberg) als Vertreter des Gauvorstandes und verschiedene Gäste, die mit der Zahlstellengründung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, begrüßen. Der Vormittag war der Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts für das Jahr 1928 und der damit zusammenhängenden Fragen gewidmet, während der Nachmittag einen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung der Zahlstelle Aschaffenburg anläßlich ihres 25jährigen Bestehens brachte. Der Geschäfts- und Kassenbericht, der den Delegierten auch gedruckt vorlag, wurde vom Geschäftsführer Koll. Brummer erstattet. Demselben war zu entnehmen, daß das Jahr 1928 für die Zahlstelle in verschiedener Hinsicht bedeutungsvoll war. Zunächst erfolgte am Jahresbeginn die Verschmelzung mit der bisher selbständigen Zahlstelle Trennfurt-Oberburg; damit war ein Zugang von 420 Mitgliedern zu verzeichnen. Infolge dieses neu hinzugekommenen weitverzweigten Zahlstellengebietes war die Anschaffung eines Kraftwagens notwendig. Als weiteres Ereignis brachte das Geschäftsjahr 1928 den Kauf eines eigenen Verbandshauses. Es befindet sich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes und der Betriebe, in denen unsere Kollegen vorwiegend beschäftigt sind. Damit ist einem lang gehegten Wunsch unserer Kollegenschaft Rechnung getragen, da die bisherigen Verbandsbureaus im Aschaffenburger Gewerkschaftshaus so entlegen waren, daß ein Aufsuchen derselben für die Kollegen mit großen Zeitverlusten verbunden war. Das Zuständigkeitsgebiet der Zahlstelle umfaßt 43 Betriebe mit 3645 Beschäftigten, hiervon sind 50,4 Prozent organisiert. Die Lohnbewegungen im abgelaufenen Jahre brachten den männl. Arbeitern im Durchschnitt eine Erhöhung um 8,86 Prozent und den Arbeiterinnen um 9,22 Prozent, was einer Verdienststeigerung bis zum Jahresschluß bei ersteren um 106,01 Mark und bei letzteren um 72,06 Mk. entspricht. Die Zusammenstellung der Statistik über Betriebsräte zeigt, daß von 88 gewählten Betriebsräten 76 den freien Gewerkschaften angehören, während auf die Christlichen nur neun entfallen. Das zeigt mit aller Deutlichkeit die Stärke unserer Organisation gegenüber dem christlichen Verband. Die Niederlage des christlichen Verbandes ist um so empfindlicher, wenn man berücksichtigt, daß in früheren Jahren alle Hoffnungen des christlichen Verbandes auf Aschaffenburg gesetzt waren und daher der Zentralvorstand seinen Sitz von München nach Aschaffenburg verlegte. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1928 2345 Mitglieder, gegenüber 1648 am vorigen Jahresschluß. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß durch Verschmelzung mit der Zahlstelle Trennfurt-Obernburg, wie bereits gesagt, 420 Mitglieder als Zugang zu verzeichnen waren. Der wirkliche Gewinn im Jahre 1928 beträgt 277 Mitglieder. Betrachtet man die aufgewendete Zeit und Mühe, besonders auf dem Gebiete der Hausagitation, so hätte der Erfolg noch ein größerer sein müssen, jedoch ist bei den schwierigen Verhältnissen in unserem weitverzweigten Zahlstellengebiet auch dies schon ein beachtlicher Erfolg. In staatlichen, kommunalen und sozialen Körperschaften ist die Zahlstelle mit 98 Kollegen vertreten. Dem Geschäftsbericht schloß sich der Kassenbericht an, der ebenfalls ein günstiges Bild zeigte. Auf Antrag wurde dem Kollegen Brummer Entlastung erteilt. Die bisher tätige Ortsverwaltung wurde unter Ergänzung durch die Kollegin Elise Dörsam wiedergewählt. Der Nachmittag war der Feier des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle gewidmet. Kollege Thiemig überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes und stellte in einem längeren Referat zunächst die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt und dann insbesondere die Entwicklung unseres Verbandes dar. Der Fabrikarbeiterverband, der sich im Anfang nur aus ungelernten Hilfsarbeitern zusammensetzte, ist heute zu einem Verband geworden, der Hunderttausende von Fach- und Spezialarbeitern in sich vereinigt und einen Machtfaktor im Wirtschaftsleben darstellt. Kollege Thiemig schilderte dann insbesondere die Entwicklung der Zahlstelle Aschaffenburg unter entsprechender Würdigung der Kollegen, die sich um die Entwicklung der Zahlstelle verdient gemacht haben. Die beiden Jubilare August Zeiger (Kahl) und Franz Pöstl (Aschaffenburg) beglückwünschte er im Namen des Hauptvorstandes anläßlich ihrer 25jährigen Organisationszugehörigkeit. Mit einem Hoch auf die Jubilare und die Zahlstelle Aschaffenburg schloß der Kollege Thiemig seine Ausführungen. Anschließend schilderte Kollege Brummer die einzelnen örtlichen Entwicklungsphasen der Zahlstelle bis zu ihrem 25jährigen Bestehen. Den Jubilaren überreichte er die vom Hauptvorstand gestifteten Diplome unter Beigabe eines Geldgeschenkes der Ortsverwaltung der Zahlstelle. In das Hoch auf den Gesamtverband stimmten alle Teilnehmer begeistert ein. Musikalische Darbietungen hielten die Teilnehmer mit ihren Familien noch längere Zeit beisammen und erst gegen 6 Uhr abends fand die harmonisch verlaufene Feier ihr Ende. W. K.

Darmstadt. Am Sonntag, dem 3. Februar, war im Gewerkschaftshaus in Darmstadt die ordentliche Kreisgeneralversammlung unserer Organisation. Vertreten waren 49 Filialen durch 65 Delegierte. Als Vertreter des Hauptvorstandes war der Kollege A. Partzsch (Hannover) erschienen. Nicht vertreten waren die Filialen Erfelden, Kl.-Zimmern, Nd.-Modau, Semd, Spachbrücken, Wallerstädten und Walldorf. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Friedrich Stahl, erstattete den Geschäftsbericht über das verflossene Geschäftsjahr. Daraus ist zu entnehmen, daß die Entwicklung der Zahlstelle auch im Jahre 1928 Fortschritte gemacht hat. Der Mitgliederstand beträgt am Jahresschluß 5099, davon 1217 weibliche. Nahezu 70 Prozent aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den dem Fabrikarbeiterverband zustehenden 16 verschiedenen Branchen mit 94 Betrieben sind organisiert. Der Beitragsmarkenumsatz ist um 15 706, von 240 687 auf 256 393 — 6,5 Prozent — gestiegen. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben der Hauptkasse betragen 206 014,56 Mark gegen 175 790,90 Mark im Vorjahre. An Unterstützungen aller Art wurden 61 385,43 Mark an die Mitglieder ausgezahlt und der Hauptkasse 74 850 Mark überwiesen. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse betragen 89 377,70 Mark und der Lokalkassenbestand am Ende des Jahres beträgt 14 197,62 Mark. In lohnpolitischer Beziehung war die Tätigkeit eine außerordentlich reichhaltige. 20 Lohntarifverträge wurden im Laufe des Jahres erneuert bzw. erstmalig abgeschlossen. In drei Fällen wurden die Forderungen der Arbeiterschaft durch Streik errungen. Am Ende des Jahres betrugen die Spitzenlöhne für die Handwerker 78—120 Pf., für die angelernten Arbeiter 68—108 Pf., für Betriebsarbeiter 66—87 Pf. und für Arbeiterinnen 40—58 Pf. pro Stunde. Die finanzielle Auswirkung der geführten Lohnbewegungen betrugen für 6892 beteiligte Personen einen wöchentlichen Mehrverdienst von 19 236,28 Mark oder auf das Jahr umgerechnet einen Mehrverdienst von 1 000 286,56 Mark. Dieser Erfolg wird auch den Unorganisierten zufall. Sie ernten, wo sie nicht gesät haben. Sie sind die Drohnen der Arbeiterbewegung. Die Diskussion war reichhaltig aber sachlich. Nachdem die alte Kreisverwaltung einstimmig wiedergewählt war, hielt Kollege Partzsch (Hannover) ein Referat über „Wirtschaft, Konjunktur und Lohnbildung". In eingehend verständlicher Weise verstand es der Redner, die Teilnehmer in das Getriebe der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hineinblicken zu lassen. Er schilderte die Gegensätze, die zwischen der kapitalistischen und proletarischen Welt bestehen und bringt zum Ausdruck, daß es nur einer gut organisierten, gut geschulten und gut disziplinierten Arbeiterschaft gelingen würde, diese kapitalistische Welt zu bezwingen und abzulösen. Reichen Beifall fanden diese Ausführungen. Nach Erledigung der eingegangenen Anträge wurde die Versammlung durch den Kollegen Stahl mit der Dankesersstattung an die Mitarbeiter und mit der Bitte, auch im neuen Geschäftsjahr dem Verbande treu zu dienen, geschlossen.

Dresden. Die Jahresgeneralversammlung für die Zahlstelle Dresden fand am 25. Januar 1929 statt. Der vom Kollegen Grafe erstattete Jahresbericht zeigte recht deutlich die Fälle der geleisteten

Arbeit wie die dadurch erzielten Erfolge. Das Vorjahr brachte in 31 Industriegruppen mit etwa 18 000 Beschäftigten Lohn- und Tarifbewegungen. Der Erfolg dieser Bewegungen war eine durchschnittliche Lohnerhöhung für männliche Mitglieder von 3,30 Mk. und für weibliche Mitglieder von 2,40 Mk. pro Woche. Kündigungen und Neuabschlüsse von Mankel- und Gruppenverträgen für eine Reihe Gruppen sind mit mehr oder weniger Erfolg getätigt worden. Einen außerordentlich starken Einfluß auf die Bewegungen hat natürlich der Organisationsstand des Gesamtverbandes sowie der einzelnen Industriegruppen. Auch hier haben sich die Verhältnisse am Orte gebessert, trotzdem das Organisationsverhältnis in einer Reihe von Betrieben noch viel zu wünschen übrig läßt. In 560 Betriebs- und Branchenversammlungen, Sitzungen usw., welche von etwa 23 000 Kollegen und Kolleginnen besucht waren, wurde Aufklärung und praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Vertretungen vor den Arbeitsgerichten, Schlichtungsausschüssen und sonstigen Behörden machten sich in 335 Fällen nötig. In 31 Konferenzen fanden die Belange der einzelnen Branchen und des Gesamtverbandsgebietes ihre Erörterung und Erledigung. Zirkulare und Postausgänge sind etwa 68 000 zu verzeichnen. Für die Weiterbildung unserer Mitglieder wurden sowohl für unsere Verbandsschule in Wennigsen als auch für die hiesige Betriebsräteschule Delegationen vorgenommen. Die Zahlstelle selbst hält wie im Vorjahre einen 24 Abende umfassenden Bildungskursus in Arbeits- und Wirtschaftsrecht für den Bezirk Dresden und Freital ab. Der Anfang des Jahres noch gute Beschäftigungsgrad in fast allen Gruppen geht zurück. Die durch die steigenden Lebenshaltungskosten bedingte Verbesserung der Löhne wird in den kommenden Monaten eine große Rolle spielen, da die meisten Lohnabkommen ablaufen und verbessert werden müssen. Erfolgreiche Lohnbewegungen sind aber nur zu führen bei einem guten Organisationsstand. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1927 10 892, Ende 1928 11 581 Mitglieder. Wenn auch das Vorjahr eine Steigerung der Mitgliederzahlen am Orte um 7 Prozent brachte, so ist dies nicht als befriedigend anzusehen, da immerhin eine noch große Zahl von organisationsfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen in unserem Zahlstellenbereich vorhanden ist. Der vom Kollegen Huhn erstattete Kassenbericht gab ein recht erfreuliches Bild der Aufwärtsentwicklung und Stärkung unserer Finanzen. Der Jahresabschluß für die Hauptkasse bilanzierte mit 578 177,47 Mk. und steht gegen den vorjährigen um 100 001 Mk. höher. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen 466 898 Mk. Dies bedeutet, daß 80 Prozent der Einnahmen wieder verausgabt werden mußten. Von den Ausgaben flossen 65 Prozent an die Mitglieder zurück und 35 Prozent wurden lokalen Mitteln zugeführt. Den gleich günstigen Stand hat die Lokalkasse, die mit 196 800 Mk. Einnahmen und 145 500 Mk. Ausgaben eine Steigerung um 51 300 Mk. aufweist. Auch Beitragsleistung und Beitragshöhe sind als befriedigend anzusehen, da mit 53 Beitragswochen ein Durchschnittsbeitrag von 52,35 Mk. geleistet wurde. Der Geschäftsbericht wurde zur Diskussion gestellt, an welcher sich nur der Kollege Garten beteiligte, dem der Geschäftsbericht nicht gefiel und der sich vor allem gegen die Schlichtungsinstanzen wandte. Der vom Kollegen Sauter gestellte Entlastungsantrag für den Kassierer fand einstimmige Annahme. Die Wahlen für die Ortsverwaltung und den Gauvorstand hatten folgendes Ergebnis: In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Kollege Paul Jakob, Nahrungsmittelindustrie; Kollege Walter Kirchhof, Lack- und Farbenindustrie; Kollege Paul Kümmerling, Seifenindustrie; Kollege Alfred Lachmann, Betonwarenindustrie; Kollegin Elly. Lindner, photochem. Industrie; Kollege Karl Milleg, chemische Industrie; Kollege Nikol. Panno, Porzellan- und Steingutindustrie; Kollegin Emmi Rumberger, Blumenindustrie; Kollege Gustav Sauter, Gummiindustrie; Kollege Willi Seemann, Glasindustrie; Kollege Franz Tampitz, Ziegelindustrie. Als Bezirksvertreter für Freital und zugleich als Vertreter für die Papierindustrie wurden gewählt Kollege Alfred Gärtner und Kollege Berthold Schädlich für Freital, als Bezirksvertreter für Coswig Kollege Alfred Franz. In den Gauvorstand wurden gewählt die Kollegen Paul Jakob, Wilhelm Klein, Richard Mager, Kollegin Emmy Rumberger, Kollegen Otto Thiele, Georg Weig und Alfred Wachsmuth.

Bei der Erörterung der allgemeinen Verbandsangelegenheiten wurde auf die im Februar stattfindende Frauenwerbewoche hingewiesen, der eine Frauenkonferenz am 3. Februar 1929 in Chemnitz vorausgeht und die den Zweck hat, unter der immerhin noch großen Zahl der weiblichen Arbeitnehmer die Organisation auszubreiten und zu festigen. Richard Mager, Schriftführer.

Eisingerode. Am 3. Februar 1929 tagte unsere Generalversammlung. Anwesend waren 36 Verbandsmitglieder, davon 32 Delegierte, 1 Gauleiter und 3 Gäste. Die Anwesenden ehrten das Andenken der in der Berichtszeit verstorbenen Verbandsmitglieder. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Beckmann. Er berichtete eingehend über den Stand der Lohnbewegungen, über die Lohn- und Entlassungsklagen und über die agitatorische Tätigkeit. Teilweise sind die Lohnverträge bereits gekündigt und der andere Teil wird zur gegebenen Zeit gekündigt werden. Für die Ziegel-, Kalk- und Steinindustrie sind auch die Mankelverträge gekündigt. Arbeitsgerichtstermine fanden 24 statt. Bei drei Klagen war ein günstiges Urteil nicht zu erreichen. Zur Zeit schweben noch zwei Klagen. Drei Wiedereinstellungen und rund 1500 Mk. Lohnsummen waren der Erfolg der Tätigkeit vor dem Arbeitsgericht. Die Abrechnung über das 4. Quartal 1928 schließt für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 15 843,06 Mk. und für die Lokalkasse in Höhe von 8182,23 Mk. ab. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 2625,09 Mk. auf. Die Jahresabrechnung 1928 schließt für die Hauptkasse mit 57 523,32 Mk. und für die Lokalkasse mit 22 427,29 Mark ab. Der Durchschnittsbeitrag stieg im Jahre 1928 von 0,77 auf 0,87 Mk. Die Zahl der Durchschnittsbeiträge beträgt 53,6. Die vom 1. Januar d. J. an vorgesehene Beitragserhöhung konnte ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Überraschend ist, daß sehr viele Mitglieder weit höhere Marken kleben, als sie tarifarisch verpflichtet sind. Anschließend erstattete Kollege Tolksdorf sein Referat, das mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. In der Diskussion sprachen die Kollegen Mährenberg, Ackert, Martin, Foltis, Strutz, Auerswald, Ernst Spormann und Poppendieck. Kollege Tolksdorf ging auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. Im Schlußwort äußerte sich der Berichterstatter zur „Sonderregelung über berufsübliche Arbeitslosigkeit" und wies an Hand der vorliegenden Korrespondenz mit dem Arbeitsamt und Landesarbeitsamt nach, daß sämtliche Steinbruchbetriebe, soweit sie im Bereich der Zahlstelle liegen, nicht unter die Sonderregelung fallen. Erfreulich war in der heutigen Aussprache die Sachlichkeit, der sich alle Redner befleißigten. Nur so kann aufklärend gearbeitet werden. Der Zahlstellenleitung wird einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag, den arbeitsunfähigen invaliden Mitgliedern zu Ostern eine einmalige Unterstützung in Höhe von 5 Mk. zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung bemerkte Kollege Beckmann, daß auch die unbesoldeten Ortsverwaltungsmitglieder ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätten, demnach einer Wiederwahl nichts im Wege stehen dürfte. Kollege Mährenberg erwiderte, daß jeder im Interesse der Organisation gearbeitet hat, glaubt aber, daß es erforderlich sei, daß möglichst alle größeren Betriebe vertreten sind. Satzungsgemäß wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Fritz Lütsch, 2. Bevollmächtigter Wilhelm Marquard, 1. Revisor Karl Hebdorf, 2. Willi Lange, 3. Paul Bachmann und 4. Willi Wetterling. Gegen 5 Uhr schloß Kollege Lütsch die gut verlaufene Versammlung.

Flensburg. Am 24. Januar 1929, abends 8 Uhr, eröffnete der Versammlungsleiter, Kollege Friedrichsen, die Generalversammlung. Der Kollege Zimmermann gibt die Abrechnung vom 4. Quartal. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Auch den Jahresbericht erstattete der Kollege Zimmermann. Die Erfolge in den einzelnen Industriegruppen bezüglich der Lohn und Arbeitsbedingungen können wir als gut bezeichnen. Wenn auch nicht immer das erreicht wurde, was wir erhofften, so haben wir doch immer ein gutes Stück vorwärts. In der chemischen Industrie erzielten wir eine Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde, für die Handwerker 20 Prozent über den Stundenlohn. In der Seifenindustrie stieg der Lohn um 9 Pf. die Stunde, in der Glasindustrie ist ein Bezirkstarifvertrag abgeschlossen mit einem Lohntarif von 5 Pf. Zulage pro Stunde; die Handwerker, Maschinisten und Heizer erhalten 23 Prozent über den Tariflohn. In der Papierindustrie wurde eine Lohnerhöhung von 8½ bis 10½ Pf. pro Stunde erzielt, in den Kalksandsteinwerken 8 Pf., in der Seilerei für Männer 6 Pf. und für Frauen 4 Pf. pro Stunde, in den Kunststeinwerken 10 Pf. Als Vorbild der gesamten Industrien können wir jedoch die Kommunalbetriebe ansprechen; die Lohnerhöhung bewegt sich zwischen 6 und 12 Pf. die Stunde. Wie in jedem Jahre, so haben wir auch im verflossenen Jahre die Feststellung machen müssen, daß die Kollegen auf den Ziegeleien immer noch nicht von dem Organisationsgedanken durchdrungen sind. Wochen- und monatelanger Arbeit hat es bedurft, um ein einigermaßen geregeltes Organisationsverhältnis herzustellen. Man darf sich deswegen auch nicht wundern, wenn die Unternehmer sich noch so manche Dreistigkeit erlauben. Ich erinnere nur an die Ziegeleien Wyck und Borgwedel, wo der Unternehmer die Kühnheit besaß, tätliche Drohungen zu äußern und dem Vertreter der Arbeiterschaft den Zutritt zur Fabrik verbot. Alles das wirkt sich natürlich auf unsere Lohn- und Tarifverhandlungen aus. Man war nicht bereit, eine Lohnzulage zu bewilligen, und an sonstige Vergünstigungen, wie Überstundenzuschlag und Urlaubsfragen, war schon gar nicht zu denken. Jedoch unserer Hartnäckigkeit verdanken wir doch noch eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde sowie Bezahlung der Überstunden. Ähnlich steht es auch auf den Kies- und Schotterwerken aus, nur daß der Organisationsgedanke da schon etwas festeren Fuß gefaßt hat. Es ist uns gelungen, den bestehenden Werkverein zu zertrümmern und nach mehrmaligem Ansturm gänzlich zu Grabe zu tragen. Der Erfolg war 5 Pf. Zulage pro Stunde und 4 Pf. Überstundenzuschlag. Um in Zukunft aber mit mehr Erfolg arbeiten zu können, müssen die Mitglieder mehr Rückenstärke zeigen. Haben doch Mitglieder nicht den Mut aufgebracht, das zu fordern, was ihnen als Recht zustand, sondern haben dem Arbeitgeber ihre Arbeitskraft geschenkt. Die Betriebsräte müssen wissen, wie weit ihre Rechte und Pflichten gehen. Den Unternehmern muß die Möglichkeit der fristlosen Entlassung möglichst genommen werden. Es sind vor dem Arbeitsgericht 27 Klagen und beim Landesarbeitsgericht 2 Klagen erhoben worden; in 15 Prozessen haben wir obsiegende Urteile, in 9 Prozessen Vergleiche erreicht, in 5 Prozessen haben wir die Klage verloren. Am Ende des Jahres 1927 hatten wir 705 und am Ende des Jahres 1928 900 Mitglieder. Jetzt muß unser Bestreben sein, die 1000 vollzumachen. Marken sind insgesamt umgesetzt 40 117 Stück oder pro Mitglied 48,8 Prozent. Es wurden abgehalten 10 Mitgliederversammlungen, 12 Verwaltungssitzungen, 4 unverhoffte Revisionen und 4 Quartalsabrechnungen. Posteingänge hatten wir 997 und an Postausgängen 1468. Bei den Neuwahlen wurde der Kollege Karl Grabein mit Stimmenmehrheit als erster Bevollmächtigter gewählt; der Kollege Paul Detlessen wurde als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Friedrich Friedrichsen, Wilhelm Schäfer, Nikolai Jakobsen und die Kollegin Herta Lehmann. Ein Antrag des Kollegen Zimmermann, infolge der überaus starken Inanspruchnahme unserer Lokalkasse während des letzten Streiks einen einmaligen Extrabeitrag in Höhe von einer Mark zu erheben, wurde einstimmig angenommen.

Paul Detlessen.

Frankfurt a. M. Generalversammlung am Sonntag, dem 3. Februar 1929. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Beschlußfassung über die Erhebung eines Extrabeitrages zur Schaffung eines Baufonds für das neue Gewerkschaftshaus. 4. Verschiedenes. Zum Geschäftsbericht führte der Kollege Krämer folgendes aus: Wenn wir als Organisation am Jahresschluß Rückblick halten über unsere Tätigkeit, können wir nicht an dem Verbandstag in Hamburg vorübergehen, der im Organisationsleben einschneidende Veränderungen gebracht hat. Der Beschluß, daß eine Invalidenunterstützung vom 1. Januar 1930 an zur Einführung gelangt, ist von der Mitgliedschaft allgemein begrüßt worden. Die Beitragsregulierung hat dank der Opferwilligkeit der Mitglieder auf keine wesentlichen Schwierigkeiten gestoßen. Die Wirtschaftslage war im vergangenen Jahre gut; doch zeigte sich schon im Oktober ein merkliches Abflauen. Das zeigt uns die steigende Zahl der Arbeitslosen. Im Gesamtgebiet des Verbandes sind zirka 13 Prozent der Mitglieder durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit mit Verdienstausfall belastet. Auch in der Zahlstelle haben wir etwa 400 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Gummiindustrie war im verflossenen Jahre gut beschäftigt. Die Firma Peters-Union hat noch im Herbst Neueinstellungen von Arbeitern vorgenommen, die zum Teil erst nach Neujahr entlassen worden sind. Die Liga-Werke stellen sogar jetzt noch jüngere Kolleginnen ein. In der chemischen Industrie ist im allgemeinen der Beschäftigungsgrad im ganzen Jahr stabil geblieben; nur ein Betrieb wurde stillgelegt und zirka 50 Kollegen wurden arbeitslos. In der Seifenindustrie sind Änderungen nicht eingetreten. Das gleiche ist von der Papierverarbeitungsindustrie zu sagen, nur ist hier die Firma Dondorf stillgelegt worden, wodurch zirka 100 Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen worden sind. In der Ziegelindustrie war die Lage für das kommende Jahr noch ungeklärt, da außer von der Stadt und der Industrie nennenswerte Bauvorhaben nicht getätigt wurden. Geringe Vorräte, eine gute Konjunktur und ein gutes Kampagnewetter brachten eine beträchtliche Steigerung der Produktion gegenüber dem Vorjahre. In den anderen Industriezweigen sind nennenswerte Veränderungen nicht zu verzeichnen. Trotz eifriger Agitation war der Erfolg im abgelaufenen Jahre nicht so, wie er gehofft war. Von den zirka 10 000 Beschäftigten in den uns zustehenden Betrieben sind rund 5000 bei uns organisiert, ungefähr 2000 gehören anderen freien Organisationen an, so daß immer noch annähernd 3000 für die Organisation gewonnen werden könnten. Trotz 1734 Neuaufnahmen ist die Zahl der Mitglieder nur um 349 gestiegen. Die Fluktuation unserer Mitglieder ist durch den Wechsel der Beschäftigung sehr stark. Dank gebührt allen Funktionären für ihre opfervolle Tätigkeit. Durch die Lohnbewegungen sind die Löhne in den einzelnen Industrien durchschnittlich um 5 bis 9 Prozent erhöht. Aber durch die fortschreitende Teuerung, die durch die Indexzahlen nicht so scharf zutage tritt, ist der Erfolg wieder ausgeglichen und zwingt uns zu neuen Forderungen, um die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder zu heben. Fast alle Bewegungen konnten nur mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse beendet werden. In zwei Betrieben konnte nur durch Streik eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erzwungen werden. Der Bildungsarbeit widmeten wir besondere Sorgfalt. Die Errichtung der Arbeitsgerichte hat sich im verflossenen Geschäftsjahr wesentlich ausgewirkt. 99 Klagen waren vor den Arbeitsgerichten auszufechten. Eingeklagt wurden insgesamt 5282 Mark, davon sind 3864 Mark für die Mitglieder gewonnen. Sieben Klagen mußten wegen unterschriebener Verzichterklärung zurückgezogen werden. Auch die Tätigkeit der Verwaltung war eine äußerst umfangreiche. Aus dem erstatteten Kassenbericht ist ersichtlich, daß der Markenverkauf von 1924 bis 1928 in gleichmäßigem Aufsteigen begriffen ist. Die Beiträge sind in ihrer Zahl und in ihrem Geldwert gestiegen. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 184 144,19 Mk. Die Lokalkasse mit 75 136,09 Mark. In der Lokalkasse ist eine Vermögenszunahme von zirka 5000 Mark zu verzeichnen. Eine wesentliche Debatte schloß sich dem Geschäftsbericht nicht an. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme der Kollegen Brandt und Schmidt, an deren Stelle Beller und Eccarius getreten sind, wiedergewählt. Über die Notwendigkeit eines neuen Gewerkschaftshauses referierte Kollege Misbach vom Gewerkschaftskartell. Seine Ausführungen riefen eine lebhafte Debatte hervor. In geheimer Abstimmung wurde beschlossen, vom 1. Juli an für männliche Mitglieder 10 Pfennig und für weibliche Mitglieder 5 Pf. auf die Dauer von fünf Jahren als Extrabeitrag pro Woche zu erheben. Nach der Genehmigung des Hauptvorstandes zu dieser Erhebung soll sich die nächste Quartalsversammlung mit der Durchführung beschäftigen.

A. Heinicke.

Heilbronn. Die Jahresgeneralversammlung unserer Zahlstelle am 20. Januar 1929 im „Volkshaus" hatte einen so starken Besuch aufzuweisen, daß viele Mitglieder infolge Platzmangels wieder umkehren mußten. Die Versammlung ehrte die 15 im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1928 erstattete Kollege Geiger. Er stellt weitere Fortschritte und Erfolge fest sowohl in der Vorwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen, wie in der inneren Festigung der Organisation. Unsere Vertrauensleute und Funktionäre bemühten sich nach besten Kräften und bestem Können für den weiteren Ausbau der Zahlstelle. Not und Elend ist in vielen Arbeiterfamilien eingetreten. Überall müssen wir nach besten Kräften den schutzbedürftigen Mitgliedern unseres Verbandes helfen. Die Arbeitslosenzahlen dürfen nicht als Beweis einer schlechten Wirtschaftslage gewertet werden. Es ist bedauerlich, daß Menschen, die auf ihr „Christentum" besondern Wert legen, die Opfer des kapitalistischen Systems auch noch verleumden. So bringt die „Schwäbische Tageszeitung" vom 7. Januar 1929 folgende Notiz: „Eine treffende Antwort. Ein Industrieunternehmen hatte der zuständigen Bezirksregierung die Stillegung seines Betriebes angezeigt. Auf das Schreiben, das ihm darauf von der Regierung zuging, ist folgende Antwort erteilt worden: „In der gefälligen Antwort auf unsere Stillegungsanzeige werden wir ersucht, zwecks anderweitiger Unterbringung der evtl. zur Entlassung kommenden Leute uns mit dem zuständigen Arbeitsnachweis in Verbindung zu setzen. Wir ersuchen höflichst, uns hiervon zu entbinden. Nachdem durch die Zeitungen bekanntgeworden ist, daß die Verwaltung des größeren Deutschen Reiches vor dem Kriege 4,3 Milliarden gekostet hat, ist anzunehmen, daß Verwaltungsbeamte in so großer Zahl vorhanden sind, daß dem Unternehmer, der ohnedies mit Arbeit überlastet ist, die Fühlungnahme mit dem Arbeitsnachweis von dortigen Beamten bewirkt werden kann. Außerdem wird der Regierung ebenso wie der Allgemeinheit bekannt sein, seitdem das Nichtstun sehr gut bezahlt wird, die Zahl derer, die einen Stolz darein setzen, sich ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, sehr stark im Schwinden begriffen ist, und man deshalb annehmen muß, daß wir von der Mehrzahl unserer Leute mit einem mitleidigen Lächeln empfangen würden, wenn wir uns bemühen wollten, sie in ein anderes Arbeitsverhältnis unterzubringen." Der Redner stellt fest, daß es sich hier um eine gewissenlose Verleumdung der Arbeitslosen und auch um eine Gemeinheit gegen die zahlreichen Kleinbauern und Bauernsöhne, die in den Fabriken arbeiten müssen, handle. Redner sprach die Vermutung aus, daß die Bauernbundzeitung sich ihre „treffende Notiz" aus den Fingern gesogen habe, weil vernünftige Menschen wissen, wie zäh und hartnäckig bei Betriebseinschränkungen und -stillegungen die Arbeiter durch ihre Organisations- und Betriebsvertretungen mit den Arbeitgebern um die Erhaltung des Arbeitsplatzes ringen. Gestreift werden die Beschlüsse des Verbandstages und des Gewerkschaftskongresses. Im abgelaufenen Jahre wurden 633 Mitgliederversammlungen, Betriebsversammlungen und Sitzungen abgehalten. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1926 2659, am Schluß des Jahres 1928 3440. Zahlreiche Klagen sind zu führen über die Nichteinhaltung bestehender Gesetze durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei ersteren handelt es sich meistens um bewußte Verletzung des Rechts, bei letzteren um mangelnden Mut zur Wahrnehmung des Rechts. Immer noch fühlen sich zahlreiche Arbeitgeber als Ankläger, Richter und Gerichtsvollzieher in einer Person, obwohl die bestehenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen eine solche Befugnis dem Arbeitgeber unter allen Umständen absprechen. Es ist notwendig, daß der einzelne sich darauf besinnt, daß wir nicht nur ökonomisch allein das Gesicht der kapitalistischen Wirtschaft ändern. Kein Betrieb braucht mehr ohne Betriebsvertretung zu sein und kein Mitglied darf das Gefühl der Rechtlosigkeit und des Alleinseins in sich tragen. Wir sind stark genug, dem Rechte Geltung zu verschaffen. Von kleinen Differenzen abgesehen, ist es uns gelungen, im gesamten Zahlstellengebiet die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Unsere Mitglieder arbeiten, von einigen geringfügigen Ausnahmen abgesehen, sämtlich unter tarifrechtlichen Bedingungen. Der Kollege Loeper erstattete den Kassenbericht. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse ergaben die Summe von 117 678,43 Mark. Für Erwerbslose und Kranke wurde an Unterstützung der Betrag von 22 904,35 Mark gezahlt. Die Lokalkasse verfügt über einen zufriedenstellenden Vermögensbestand. Der Gauleiter, Kollege Wörner, erklärte, er freue sich darüber, daß die Zahlstelle Heilbronn so schnell sich aus einem Chaos herausgearbeitet und die innere Stärkung und damit den Weg zum Aufstieg gefunden habe. Das sei ein Verdienst der Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführern, Funktionären und Mitgliedern. Die Wahlen zur Ortsverwaltung erbrachten infolge des freiwilligen Ausscheidens von zwei Kollegen die Neuwahl der Kollegen Robert Baum (Heilbronn) und Belle (Neckargartach). Zum Schluß wies der Kollege Geiger noch auf die Bedeutung der Maifeier im Jahre 1929 hin und erwähnte, daß die Maßnahmen der Betriebsräte so getroffen werden, daß Differenzen unter den Arbeitern ausbleiben. Außerdem müßten die Betriebsratswahlen einheitlich vorgenommen werden. Mit Worten des Dankes und dem Wunsche, daß alle Funktionäre und Mitglieder im Jahre 1929 am weiteren Fortschritt unserer Zahlstelle mitarbeiten möchten, wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Ludwigshafen a. Rhein. Maffenbeier †. Im Alter von nahezu 78 Jahren starb ganz plötzlich am 9. Februar der Kollege Maffenbeier, der seit 14. Juni 1894 Mitglied der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. war. Er war noch einer der wenigen, die im Jahre 1894 die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. gegründet hatten. Jahrzehntelang gehörte er zu den tätigen Mitgliedern, und wurde schon in den ersten Jahren des Bestehens der Zahlstelle mit verantwortungsvollen Ämtern betraut. Ende der neunziger Jahre war er Kartellvorsitzender. In seiner 35jährigen Mitgliedschaft erfüllte er in aufopfernder Weise seine Pflicht als Funktionär. Keinen Weg und kein Opfer hat er gescheut, wenn es galt, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. In allen Korporationen, in denen er sonst noch mitwirkte, war er stets ein Vorbild für die Jüngeren.

Wir werden sein Werk fortsetzen und sein Andenken in Ehren halten.

Verbandsnachrichten.

Gestohlene Mitgliedsbücher.

Der Unterkassierer der Zahlstelle Salzungen, Glasmacher Fritz Jonschel, geb. am 25. Juli 1900 in Storchnest b. Lissa, Mitgliedskarte Nr. 877 106, ist geflüchtet. Er hat folgende Mitgliedsbücher bzw. -karten mitgenommen:

Fritz Jakob, eingetreten am 10. 2. 1928, Karten-Nr. 700 284;
Paul Göpfert, eingetreten am 24. 5. 1927, Buch-Nr. 874 078;
Albert Sell, eingetreten am 8. 7. 1927, Nr. 874 118;
Willi Rimbach, eingetreten am 28. 1. 1928, Nr. 700 286;
Oskar Seifert, eingetreten am 25. 11. 1927, Nr. 639 397;
Lina Günther, eingetreten am 13. 7. 1927, Nr. 599 616;

Sollte irgendwo eines dieser Bücher vorgezeigt werden, so ist der Vorzeiger polizeilich festzustellen. Die Bücher sind abzunehmen und an den Vorstand einzusenden. Die Mitgliedsbücher sind gesperrt.

Danksagung.

Aus Anlaß des Ablebens unserer Kollegen

Otto Bertien und Heinrich Leukel

sind uns und den Familien aus allen Teilen des Reiches Beileidskundgebungen zugegangen, deren Zahl es verhindert, im einzelnen dafür zu danken. [5,00 Mk.

Wir sagen daher auf diesem Wege, gleichzeitig im Namen der Familien, für die Beweise herzlicher Teilnahme unseren verbindlichen Dank.

Zahlstelle Berlin.

Beilage zum Proletarier

Nummer 8 — Hannover, 23. Februar 1929 — 32. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Rationalisierung. — Produktionssteigerung. — Arbeiterentlassungen.

Einen außerordentlich starken Aufschwung hat der Betrieb der Vereinigten Glanzstoffabriken Elberfeld in der letzten Zeit genommen. Wenn auch die gesamte Kunstseidenindustrie Deutschlands und auch der anderen Länder ständig ihre Produktion vergrößert und Kunstseide in immer größeren Mengen auf den Markt bringt, so ist eine Überfüllung des Marktes in absehbarer Zeit doch nicht zu erwarten. Auch die Konkurrenz verschiedener großer Auslandsfirmen, die mit qualitativ schlechter und daher erheblich billigerer Kunstseide den Markt zu erobern gedachten, hat die Erwartungen dieser Firmen nicht erfüllt. Die Geschäftslage ist heute so, daß die qualitativ besseren Kunstseiden trotz verhältnismäßig hoher Preise sich dauernder Nachfrage erfreuen, und daß die Firmen, die diese Produkte herstellen, mit allen Mitteln versuchen, zu immer besseren Qualitätsfabrikaten zu kommen. Diese Qualitätsfabrikate sichern verschiedenen deutschen Kunstseidefirmen einen erheblichen Vorsprung vor den übrigen Kunstseideproduzenten.

Eine dieser Firmen, die emsig bemüht ist, den technischen Ausbau im größten Maßstabe vorwärts zu treiben, sind die Vereinigten Glanzstoffabriken A.-G. in Elberfeld. Diese Firma hat in der letzten Zeit einige neue Spezialseiden herausgebracht, die einen großen Kreis von Interessenten gefunden haben und sich außerordentlich starker Nachfrage erfreuen. In erster Linie trifft das auf die sogenannte Seltaseide (Luftseide) zu, die in dem den Vereinigten Glanzstoffabriken gehörenden Betrieb in Pekersdorf hergestellt wird. Die Herstellung dieser Seide beruht auf Patenten, die die Glanzstoffgruppe von den Elsa-A.-G.-Werken in der Schweiz gekauft hat. Diese Seide besitzt die hervorragende Eigenschaft, daß sie das auch bei der Viskoseseide in Erscheinung tretende Knittern im Gebrauch nicht hat. Außerdem fabriziert die obengenannte Firma in ihrem Werke Köln-Riehl eine besonders feinfädige Seide, die sich für die erlesensten Erzeugnisse der Web-, Wirk- und Strumpfindustrie ganz besonders eignet. Hand in Hand mit der Einführung neuer Produkte und der Verfeinerung der Erzeugnisse gehen weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen in Werken dieser Firma. So sind in dem Werke Oberbruch der Vereinigten Glanzstoffwerke infolge technischer Rationalisierungsarbeiten bei gleichzeitig enormer Steigerung der Produktion 700 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung gekommen. Ob weitere Entlassungen bevorstehen, entzieht sich zur Zeit unserer Kenntnis. Bei dem Bestreben der Kunstseidenindustrie, den technischen Fortschritt auch in der Zukunft im größten Maßstabe in Anwendung zu bringen, wird auch dies wohl nicht die letzte Arbeiterentlassung sein. Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Erzeugung des Werkes Oberbruch um 200 000 Kilogramm erhöht. Die Firma teilt einer Wirtschaftszeitung auf Anfrage mit, daß das Werk voll beschäftigt und mit umfangreichen Aufträgen für die nächsten Monate versorgt ist.

Ausbau der Produktion, Steigerung der Leistungsfähigkeit und Rationalisierung tragen in großem Umfange in der Kunstseidenindustrie zu einer erheblichen Steigerung der Rente der Aktionäre bei. Kunstseidewerte sind ein stark begehrtes äußerst lukratives Anlagepapier, das mühelos den Einlegern reiche Gewinne bringt. Dafür müssen viele tausend Arbeiter und Arbeiterinnen Tag für Tag in äußerst angespannter Arbeit, die zum Teil erhebliche Gesundheitsgefahren in sich birgt, in den Großbetrieben der Kunstseidenindustrie ihr Leben verbringen. Neben den Arbeitslöhnen, die mit den Gewinnen der Kunstseidenindustriellen nicht im entferntesten in Einklang zu bringen sind, neben der rücksichtslosen Arbeitsbeanspruchung und den Gesundheitsgefahren bringt die Ungewißheit einer etwaigen Entlassung infolge Rationalisierungsmaßnahmen eine neue Belastung durch die Beunruhigung und soziale Unsicherheit in das Leben der Arbeiterschaft der Kunstseidenindustrie.

K. Segerer.

Der Buntfarbentrust gescheitert.

Nachdem die Bildung eines Buntfarbentrustes seit etwa Jahresfrist die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt und zu allerlei wirtschaftlichen und finanziellen Kombinationen Veranlassung gegeben hat, erfährt nunmehr die Öffentlichkeit, daß die Verhandlungen sich zerschlagen haben und damit die Bildung dieses Trustes vorläufig gescheitert ist.

Wer trägt die Schuld an dem Nichtzustandekommen dieses mit so viel Energie betriebenen Zusammenschlusses? Offenbar die widerstrebenden Interessen einiger Gruppen, die in dem Trust zusammengefaßt werden sollen. Die Interessen der Gruppen scheinen nicht einheitlich zu sein, sehr wahrscheinlich sind es einzelne maßgebende Betriebe der Buntfarbenindustrie, die in dem weiteren Fortbestand als Einzelbetrieb mehr Nutzen persönlicher Art erwarten, als es für sie innerhalb des Buntfarbentrustes möglich wäre. Das Ziel des Buntfarbentrustes soll nach der Erklärung seiner Vertreter in der Überwindung schwieriger Marktverhältnisse, im Ausbau des technischen Fortschrittes und des Zusammenschlusses in finanziellen Fragen liegen, am Ende aber wohl auch oder gerade als Hauptursache des Zusammenschlusses eine einheitliche Preispolitik und damit ein Preismonopol in der Buntfarbenindustrie ermöglichen. Diese Annahme wird allerdings von den Interessenten des Trustes bestritten; das ändert jedoch nichts an unserer Auffassung, denn die Frage der Preisgestaltung lag seither bei Bildung ähnlicher Zusammenschlüsse fast immer im Vordergrund.

Bei Betrachtung der Kräfte, die für die Bildung eines Buntfarbentrustes in Deutschland in Frage kommen, sind zwei Gruppen erkennbar, hinter denen je eine der größten Fabriken der Buntfarbenbranche an der Spitze steht.

Es handelt sich erstens um die Gruppe, die durch den Zusammenschluß der beiden Charlottenburger Firmen Heyl und Beringer entstanden ist, die sich zu der Heyl-Beringer-A.-G. fusioniert haben. Dieser wiederum hat sich die Firma Karaus Farben-Ölwerke A.-G. angeschlossen. Schon nach Bildung dieses Zusammenschlusses gelangten die ersten Gerüchte über die bevorstehende Gründung einer Spitzengesellschaft, der Deutschen Farbwerke A.-G., in die Öffentlichkeit. Hierin glaubte man die Grundlage zu einem monopolartigen Zusammenschluß der führenden Erd- und Buntfarbenfabriken zu sehen, die mit einem vorläufigen Kapital von 20 Millionen Mark gegründet werden sollte. Der damit verbundene ursprüngliche Gedanke eines nahen Zusammenschlusses der gesamten Industrie mußte jedoch bald aufgegeben werden, weil die angebahnten Verhandlungen erheblichen Schwierigkeiten organisatorischer sowie finanztechnischer Art begegneten. Die Gruppe Heyl-Beringer hat jedoch die Bestrebungen zur Trustbildung weiterhin zum Teil mit Erfolg betrieben, indem sie es verstand, sich eine Reihe von Unternehmungen der Branche anzugliedern, so u. a. die Firma Hammerschlag u. Beyer, Farbwerke Wunstedel, Farbwerke Neuhaus, Farbenfabrik

Neupert u. Ko. und in letzter Zeit die Hamburg-Elmshorner Farbwerke A.-G., die früher in enger Verbindung mit der Lackfabrik Gustav Roth A.-G. in Wandsbek stand. Außerdem fand eine Änderung in den Besitzverhältnissen der Firma Heyl-Beringer statt, deren Aktienmajorität von der Firma Gebr. Gutbrod, G. m. b. H., Frankfurt a. M., übernommen wurde. Diese hat damit einen wesentlichen Anteil an der Buntfarbenindustrie erreicht und sich außerdem mit einem Kapital von 20 Millionen Franken in der Chemietrust-A.-G. in Schaffhausen eine einflußreiche Finanzierungsgesellschaft für die ferneren Konzentrationsbestrebungen auf dem Gebiete der Buntfarbenindustrie geschaffen.

Eine andere Gruppe, die ebenfalls in ihrer Art auf die Verwirklichung des Buntfarbentrustes hinstrebte, ist die Stuttgarter Gruppe der Siegle u. Ko. G. m. b. H., die sich schon seit längerer Zeit die Fabriken von Arzberger, Schöpfl u. Ko., Kast u. Ehinger und Pabst u. Lambrecht angegliedert hat. Zwischen der Gruppe Siegle und den Farbwerken Rasquin-A.-G. wurden Verhandlungen angebahnt, die scheinbar auch zu einer Einigung führten. Danach sollte die Firma Siegle in die Firma Rasquin übergehen, deren Gesellschaftsform als Aktiengesellschaft finanztechnisch zum Ausbau der Trustbestrebungen geeignet erschien. Rasquin sollten ihr Aktienkapital auf 8,5 Millionen Mark erhöhen, wovon 2,38 Millionen Mark auf Rasquin, der Rest auf Siegle entfallen sollte. Man glaubte, im Laufe der Zeit auch die noch ausstehende Firma Schröder u. Stadelmann A.-G. und die Firma Bossen u. Ko. gewinnen zu können. Ein Zusammenschluß der beiden Spitzengruppen Heyl-Beringer und Siegle hätte dann die Bildung eines fast geschlossenen Trustes zur Folge gehabt. Diese Verhandlungen zwischen Rasquin und Siegle haben sich nunmehr zerschlagen und damit ist die Trustbildung in der Buntfarbenindustrie zum Zusammenbruch gekommen.

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Überproduktion in der Buntfarbenindustrie, die stark von der Baulätigkeit beeinflußt wird, einzelne Betriebe zeitweise in harte Bedrängnis bringt. Einzelne Betriebe scheinen sich aber bei der dadurch entstehenden Konkurrenz sehr kräftig zu fühlen, da sie anscheinend in dem Konkurrenzkampf besser abschneiden, als die übrigen Betriebe. Die Gesamtlage der Industrie wird zweifellos früher oder später den Zusammenschlußgedanken erneut in den Vordergrund bringen. Zunächst werden die einzelnen Unternehmen nunmehr mit aller Kraft auf eine Verstärkung ihrer Position hinarbeiten. Sobald der Verlust für die einzelnen Betriebe infolge der Selbständigkeit größer werden wird als die Gewinne, die bei der Gründung eines Trustes zu erzielen sind, wird es zweifellos auch in dieser Industrie zu einem Zusammenschluß kommen. Produktions- und Absatzverhältnisse im Inland, sowie die Konkurrenz des Auslandes werden auch in Zukunft dazu beitragen, den Gedanken des Zusammenschlusses den jetzt noch in der Buntfarbenindustrie ausstehenden Firmen näher zu bringen. Kommt es zum Zusammenschluß, so kommt es damit zweifellos zur technischen und finanziellen Rationalisierung, deren Folgen auch die Arbeiter der Buntfarbenindustrie zu spüren bekommen werden.

K. Segerer.

Der Preis- und Konkurrenzkampf in der Kunstseideindustrie.

Seit Monaten tobt zwischen den Kunstseide-Interessentengruppen ein heftiger Kampf um die Preisgestaltung und Absatzmärkte. Die Produktion ist in allen Ländern ganz erheblich gestiegen. Die Entwicklung und die Inbetriebnahme neuer Fabriken in Deutschland und im Auslande wird in stärkstem Maße fortgesetzt, so daß der Kampf um die Absatzmärkte im In- und Auslande die schärfsten Formen annehmen wird. Schon vor der Aufhebung der Preiskonvention führte die Firma J. P. Bemberg, A.-G., Barmen-Rittershausen, wegen des Gebrauchs der Bezeichnung „Bemberg-Seide" einen sehr heftigen Kampf. Der Streit um die Bezeichnung „Bemberg-Seide" wird auch heute noch von der Firma mit aller Energie fortgesetzt. Die Konkurrenz wirft der Firma Bemberg Täuschungsabsichten vor, weil sie ihre Erzeugnisse nicht unter der Bezeichnung „Kunstseide" vertreibt. Seit Jahren schon bringt die Firma J. P. Bemberg, A.-G., ihre Erzeugnisse unter der Bezeichnung „Bemberg-Seide" auf den Markt. Von den Kunstseide-Interessentengruppen versucht man seit Jahren die weitere Verwendung dieser Marke streitig zu machen unter dem Vorwand, daß kaufende Publikum gegen angebliche Irreführung zu schützen.

Die Auseinandersetzungen haben soweit geführt, daß das Kammergericht Berlin und auch das Landgericht I Berlin, sich auf Grund gemeinsamer Klagen der Firmen Gütermann u. Ko. zu Gutach i. Breisgau, Aug. Eneglisch u. Ko. zu Lörrach-Stetten (Baden), Philipp Sonntag zu Waldkirch, Zimmerlin-Forcart u. Ko. zu Basel mit der Angelegenheit beschäftigen mußten.

In der Entscheidung des Kammergerichts zu Berlin am 14. Juli 1928 wird in der Begründung des Urteils angeführt:

„Für die Frage, ob die angegriffene Bezeichnung geeignet ist, irrezuführen, nämlich den unzutreffenden Eindruck hervorzurufen, als handle es sich um Naturseide, nicht um ein Kunstprodukt, ist von Bedeutung allein in der Auffassung, welche die beteiligten Verkehrskreise mit der Bezeichnung „Bemberg-Seide" verbinden.

Es ist dem Senat aber weiterhin aus eigenem Wissen bekannt, daß infolge der außerordentlich umfangreichen Reklame der Klägerin vor allem in der „Berliner" und der „Münchener Illustrierten Zeitung", welche in einer Auflage von weit über 1 Million Exemplaren über ganz Deutschland verbreitet werden, der Name „Bemberg-Seide" für Strümpfe dermaßen allgemein bekannt geworden ist, daß heute die Frauen und Mädchen aller Kreise darüber unterrichtet sind, daß die Bezeichnung ein Gewebe bedeutet, welches von der Firma Bemberg hergestellt wird, daß es sich hierbei also um ein Kunstprodukt, nicht um eine Naturseide handelt.

„Bemberg-Seide" kann nur eine Seide sein, welche Bemberg fabriziert, die Hinzufügung des Personennamens zu einer Naturseide wäre unverständlich."

Von besonderem Interesse dürfte auch die Ansicht des Oberlandesgerichts Dresden in seinem Urteil vom 14. Februar 1928 sein. In dessen Begründung es unter anderem heißt:

„Wie gerichtskundig ist, verstehen die beteiligten Verkehrskreise unter „Bemberg-Seidenstrümpfen" solche Strümpfe, die aus den von der Aktiengesellschaft J. P. Bemberg in Barmen-Rittershausen erzeugten Kunstseide hergestellt sind. Diese Kunstseide gilt als besonders fein und haltbar und wird deshalb vom Verkehr der von manchen anderen Unternehmungen erzeugten Kunstseide vorgezogen."

Auch der vor kurzem auf Grund eines neuen Prozesses gegen die Bezeichnung „Bemberg-Seide" gestellte Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, der Firma Bemberg für die Dauer des Prozesses zu untersagen, für ihre Fabrikate die Bezeichnung „Bemberg-Seide" zu führen, wurde von seiten des Landgerichts I Berlin am 3. August 1928 abgewiesen. Es wird dazu ausgeführt:

„. . . deshalb kann von einer Täuschung des Publikums, das nach der Entwicklung gerade der Kunstseidenindustrie in den letzten Jahren gewohnt ist, die Bezeichnung „Seide" als bloßen Sammelnamen zu bewerten, nicht gesprochen werden. Dies um so weniger, als — wie gerichtskundig — die in Betracht kommenden Kreise der Abnehmer, also vornehmlich die Frauenwelt, sofern sie die Beschaffenheit der Bemberg-Seide als Kunstseide nicht überhaupt kennen, unter der angegebenen Marke infolge ihrer starken Verbreitung ein ganz bestimmtes Fabrikat verstehen, dem besondere Haltbarkeit zugeschrieben wird."

In einem weiteren Streit um die Bezeichnung „Bemberg-Seide" hat das Landgericht I Berlin, Kammer für Handelssachen, am 14. November 1928 die gemeinsame Klage der Firmen Gütermann u. Ko. zu Gutach i. Breisgau, Aug. Eneglisch u. Ko. zu Lörrach-Stetten (Baden), Philipp Sonntag zu Waldkirch, Zimmerlin-Forcart u. Ko. zu Basel abgewiesen.

In der Begründung wird folgendes gesagt:

„Die Erzeugnisse der J. P. Bemberg, A.-G., Barmen-Rittershausen, haben sich, was wohl als unbestreitbar bezeichnet werden kann, den Weltmarkt erobert. Der Ausdruck „Bemberg-Seide" ist zu einem Schlagwort geworden, wenigstens soweit deutsche Abnehmer in Frage kommen. Es bezeichnet das Fabrikat der J. P. Bemberg, A.-G., das durch seine Qualität allgemein bekannt geworden ist und sich allgemeiner Beliebtheit erfreut. Wenn ein Käufer einen Artikel aus „Bemberg-Seide" verlangt oder kauft, so legt er Wert darauf, daß der Artikel gerade aus der Fabrik der Beklagten stammt, weil ihm die Güte dieses Erzeugnisses bekannt ist oder von anderen gerühmt worden ist, während er keinen oder nur nebensächlichen Wert darauf legt, aus welchen Bestandteilen der Artikel hergestellt ist."

Dieser Kampf um die Marke der Produkte von J. P. Bemberg ist bezeichnend für die Kämpfe, die teils hinter den Kulissen und teils offen zwischen den Interessentengruppen ausgefochten werden. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß es nur Kämpfe sind, um höhere Gewinne, die trotz heftiger öffentlicher Kämpfe im In- und Auslande untereinander doch als geschlossene Kapitalmacht betrachtet werden muß. Die Kläger sind doppelt hineingefallen. Einmal weil sie abgewiesen wurden und zweitens weil die Urteilsbegründungen in ihrem Effekt als Reklame für „Bemberg-Seide" wirken.

Für die Arbeiterschaft in der Kunstseidenindustrie eine Mahnung, dieser starken internationalen Kapitalmacht eine ebenso starke und mächtige Organisation durch den restlosen Beitritt zum Fabrikarbeiterverbande entgegenzusetzen.

P. Hertwig.

Explosion in einer Zelluloidfabrik.

In der Schildpatt- und Zelluloidwarenfabrik März u. Ritscher in Ober-Ramstadt ereignete sich Ende Januar d. J. eine Explosion mit außerordentlich starker Wirkung.

Als die in einem Arbeitsraum beschäftigten etwa 20 Arbeiter und Arbeiterinnen bemerkten, wie aus dem Dampfheizofen plötzlich eine Stichflamme herausschlug, ergriffen sie sofort die Flucht und rannten durch die Nottüren ins Freie. Gleich darauf erfolgte eine Explosion mit starkem Getöse. Wände, Türen und Fenster des Raumes wurden vollständig zerstört. Der Feuerwehr gelang es erst nach einstündiger Tätigkeit den Brand zu löschen. In dem genannten Betrieb der Firma hatte sich bereits früher eine ähnliche Explosion ereignet.

Nur dem Umstand, daß entsprechend den gewerbepolizeilichen Vorschriften die Fabrikanlage bei dieser Firma mit großen Türen und Notausgängen versehen ist, hat in diesem Falle die Arbeiter vor Tod oder gräßlicher Verbrennung bewahrt. Über die Ursache der Explosion selbst bestehen bis jetzt nur Mutmaßungen; es ist nicht ausgeschlossen, daß das Material, dem nach der ersten Verarbeitung in Dampföfen die Feuchtigkeit entzogen wird, damit es schneller verarbeitet werden kann, Dämpfe (Gase) entwickelt hat, die sich beim Hinzutritt der Außenluft entzündeten. Der Gebäudeschaden ist sehr erheblich, jedoch sind die Maschinenanlagen nicht wesentlich beschädigt worden, so daß wohl die Möglichkeit besteht, die Arbeiterschaft weiter zu beschäftigen. Die sich immer wiederholenden Unglücksfälle in Zelluloidbetrieben weisen mit größter Dringlichkeit auf die baldige Verabschiedung eines umfassenden Schutzgesetzes für die Arbeiterschaft solcher Betriebe hin. K. Segerer.

Zwei Tote.

In den bayerischen Stickstoffwerken in Piesteritz bei Wittenberg waren am 12. Februar d. J. mehrere Arbeiter mit der Reinigung von einem Contrell beschäftigt. Obwohl die Arbeiter mit frischen Gasmasken arbeiteten, wurden fünf Personen bewußtlos. Drei davon, welche die Feuerwehr aus dem Bereich der Gase schaffen konnte, sind mit dem Leben davongekommen. Als nach mehrstündigen Versuchen die Feuerwehr an den Contrell herankonnte, waren zwei Kollegen schon tot. Unter der Arbeiterschaft herrschte große Erregung. Wir werden in der nächsten Nummer des „Proletariers" auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen.

Papier-Industrie

Waldhof.

Unter der gleichen Überschrift haben wir in Nr. 1 des „Proletariers" bereits den Ausbau des Waldhof-Konzerns, seine in- und ausländischen finanziellen Beteiligungen, seinen in- und ausländischen Grundbesitz und die Produktion des Jahres 1927 geschildert. Ein vom Waldhof-Konzern veröffentlichter Prospekt über die Aufnahme von 7 Millionen Reichsmark neuer Stammaktien bringt weitere auch für die Papierarbeiterschaft wissenswerte Angaben besonders über den finanziellen Ausbau dieses Konzerns.

Das Aktienkapital.

Das aus Vorzugs- und Stammaktien bestehende Aktienkapital beträgt ohne die beabsichtigte Kapitalserhöhung zur Zeit 34 675 000 Reichsmark. Besonders erwähnenswert ist auch das Stimmenverhältnis in den Generalversammlungen. Während auf die auf je 70 RM. lautenden Vorzugsaktien Lit. A im allgemeinen nur eine Stimme entfällt, entfallen auf sie in besonderen, die Gesellschaft stark berührenden Fällen sechs Stimmen. Bei den Vorzugsaktien Lit. B, die auf 60 RM. lauten, entfällt auf jede Aktie eine Stimme. Ebenso entfällt auf jede Stammaktie eine Stimme, ganz gleich, ob die Aktien voll eingezahlt sind oder nicht. Während 320 000 Stammaktien auf je 100 RM. lauten, beträgt der Wert von weiteren 150 000 Stammaktien jedoch nur 1 RM. Da jede Stammaktie in der Generalversammlung nur eine Stimme besitzt, so hat sich demnach die Verwaltung des Waldhof-Konzerns mit ihren 1-RM.-Stammaktien in den Generalversammlungen den nötigen Einfluß auf billiger kapitalistischer Grundlage gesichert, und das um so mehr, als anzunehmen ist, daß sich auch die Vorzugsaktien in den Händen der Verwaltung befinden.

Dividendenverteilung.

Vom Reingewinn werden im voraus 5 Prozent zur Ansammlung des gesetzlichen Reservefonds zurückgelegt, bis dieser den zehnten Teil des Aktienkapitals erreicht. Im Jahre 1927 erreichte der Reservefonds die Höhe von 10 486 863,35 RM. Er beträgt somit rund ein Drittel des jetzigen Aktienkapitals und nicht nur die satzungsgemäß vorgeschriebenen 10 Prozent.

Sodann sind die Vorzugsaktien zunächst vorzugsberechtigt für die rückständigen Gewinnanteile, die nachgezahlt werden, soweit die Vorzugsaktien in den früheren Jahren nicht mit 7 resp. 6 Prozent Gewinnanteil zur Verzinsung gelangten. Nachdem auch diese Gewinnanteil-Vorwegnahme zugunsten der Vorzugsaktionäre erledigt ist, erhalten diese für das jeweils abgelaufene Geschäftsjahr auf die Vorzugsaktien Lit. A einen Gewinnanteil von 7 und auf Lit. B von 6 Prozent. Erst dann erhalten die Stammaktien einen satzungsgemäßen Gewinnanteil bis zu 4 Prozent des wirklich eingezahlten Kapitals. Der dann verbleibende Rest steht der Generalversammlung auf Antrag des Aufsichtsrats zur Verteilung zur Verfügung. Die Gewinnanteile in den letzten vier Jahren gestalteten sich folgendermaßen:

Jahr	Vorzugsaktien Lit. A	Vorzugsaktien Lit. B	Stammaktien
	%	%	%
1924	7	6	6
1925	7	6	10
1926	7	6	12
1927	7	6	12

Aufsichtsratsvergütungen.

Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat aus 5 bis 8 Personen. Im Geschäftsjahr 1927 waren 8 Aufsichtsratsmitglieder einschl. des Vorsitzenden vorhanden. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten satzungsgemäß eine auf Geschäftsunkosten zu verbuchende Vergütung von jährlich je 3000 Goldmark, der Vorsitzende dagegen 10 000 Goldmark. Außerdem erhalten sie einen Gewinnanteil von 10 Prozent.

Im Jahre 1927 betrug die Aufsichtsratsvergütung 449 525,74 RM. Es entfiel demnach im Durchschnitt auf jedes Aufsichtsratsmitglied einschl. des Vorsitzenden die ganz erkleckliche Summe von jährlich 56 690,72 RM. Man sieht also, daß die „mühevolle" Arbeit der Aufsichtsratsmitglieder recht glänzend bezahlt wird. Um so sonderbarer mutet es an, daß angesichts dieser Tatsachen ausgerechnet die Verwaltung des Waldhof-Konzerns in der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1927 über die erschwerte sozialpolitische Lage in Deutschland klagte, über die Beunruhigung durch immerfort aufflackernde Lohnkämpfe jammerte, das Schlichtungswesen verdammte und darüber klagte, daß die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalgeber nicht genügend berücksichtigt würden. Man sollte annehmen, daß eine Dividende von 12 Prozent und derartig hohe Entschädigungen des Aufsichtsrats die Verwaltung des Waldhof-Konzerns doch veranlassen sollten, mit solchen Äußerungen etwas vorsichtiger zu sein. Damit aber auch, wie es von der Verwaltung des Waldhof-Konzerns geschah, die Verlegung eines Teils der Produktion nach Finnland zu begründen, ist zweifellos eine „echte nationale deutsche Tat".

Die Abschreibungen im Jahre 1927.

Die im Jahre 1927 bei den Waldhofbetrieben und deren Tochtergesellschaften vorgenommenen Abschreibungen können als sehr anständig bezeichnet werden, wie aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervorgeht:

Betriebe	Aktienkapital RM	Abschreibungen 1927 RM
Waldhof	34 675 000	3 351 963,13
Papyrus	3 000 000	343 671,56
Cosel	4 000 000	454 782,—
Dillweißenstein	320 000	103 857,13

Es wurden demnach bei den ersten drei Gesellschaften rund 10 Prozent und bei Dillweißenstein rund 20 Prozent des Aktienkapitals im Jahre 1927 abgeschrieben.

Beachtet man ferner, daß 6 677 461,68 RM. für Löhne, Frachten, Anleihe, Zinsen usw. zurückgestellt wurden, daß fernerhin für vorausgezahlte Zinsen, Versicherungsprämien usw. die Summe von 215 090,07 RM. in die Bilanz eingesetzt wurde und 330 977,26 RM. auf neue Rechnung vorgetragen wurden, so zeigt sich darin nicht nur eine sehr vorsichtige Finanz-, sondern auch Dividendenpolitik und damit zugleich der Beweis einer glänzenden Rentabilität des Waldhof-Konzerns, trotzdem über gedrückte Preise im laufenden Geschäftsjahr gejammert wird.

Grundstücke und Fabrikanlagen.

Die in die Bilanzen von 1927 eingesetzten Werte der Grundstücke und Fabrikanlagen ergeben sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

Betriebe	Wert der Grundstücke und Fabrikanlagen RM.
Waldhof	23 583 817,07
Papyrus	2 810 642,33
Cosel	2 668 302,68
Dillweißenstein	850 253,45

Sonstige Bilanzposten.

Für Wechselbürgschaften befindet sich in der Waldhof-Bilanz für 1927 sowohl auf der Aktiv-, als auch auf der Passiv-Seite der Betrag von 4 362 511,67 RM. Ein Konto der Aktionäre, dessen Bestimmung nicht klar ersichtlich ist, beträgt in der Aktiva 3 855 000 RM. Ferner befinden sich in der Aktiv- und Passiv-Seite der Bilanz folgende Beträge für Unterstützungszwecke:

Dr.-Karl-Klemm-Stiftung	185 902,23 RM.
Geheimrat-Haas-Stiftung	8 571,48 RM.
Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenen-Unterstützungskasse	462 977,52 RM.

Arbeiter- und Beamtenzahlen.

Nach dem Prospekt betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten im Waldhof-Konzern:

Betriebe	Beschäftigte Arbeiter	Beamte
Zellstoff Waldhof	1830	175
Zellstoff Tilsit	1500	75
Zellstoff Ragnit	830	40
Zellstoff Kehlheim	640	53

Die Anzahl der in den Pachtbetrieben Papyrus, Waldhof, Cosel und Dillweißenstein beschäftigten Arbeiter und Beamten ist in dem Prospekt nicht angegeben.

Fabrikationsumsätze.

Die Fabrikationsumsätze an Zellstoff und Papier werden in dem Prospekt in den Waldhof-Betrieben und deren Tochtergesellschaften wie folgt angegeben:

Betrieb	Zellstoffumsatz 1925 t	1926 t	1927 t	Papierumsatz 1925 t	1926 t	1927 t
Waldhof	207 994	230 166	236 303	24 703	26 338	27 094
Tochtergesellschaften	26 691	29 614	32 710	53 816	55 516	60 559

Aus den Zahlen ergibt sich, daß sowohl der Umsatz an Zellstoff als auch an Papier im ständigen Steigen begriffen ist.

Kocher und Papiermaschinen.

Die nur in den Waldhof-Betrieben, nicht auch in den Tochtergesellschaften, vorhandene Zahl der Zellstoffkocher und Papiermaschinen ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

Betriebe	Kocherzahl	Kocherinhalt cbm	Papiermaschinenzahl
Zellstoff Waldhof	28	4500	2
Zellstoff Tilsit	17	3215	3
Zellstoff Ragnit	5	1260	2
Zellstoff Kehlheim	3	?	—

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Zellstoff-Konzern Waldhof bezüglich seiner Produktionsmöglichkeiten und seiner Rentabilität zweifellos zu den best geleiteten Unternehmungen innerhalb der deutschen und internationalen Zellstoffindustrie gehört. Infolgedessen ist das ständige Klagen der Waldhof-Verwaltung über die angebliche Begehrlichkeit der Arbeiter eine völlig unangebrachte Erscheinung, die ganz zwangsläufig zu ständigen Beunruhigungen der Waldhof-Arbeiterschaft führen muß. G. Stühler.

Neue Verbandsgründungen in der Wellpappenindustrie.

Nach Mitteilung der „Papierzeitung" Nr. 9/1929 wurde am 22. Januar 1929 unter Beteiligung des weitaus größten Teils der deutschen Wellpappenindustrie der Reichsverband Deutscher Wellpappenfabrikanten, Berlin W 35, Potsdamer Straße 36, gegründet und zum Syndikus Dr. Feldgen bestellt.

Der Verband soll das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Fachgenossen und die gemeinsamen fachlichen und wirtschaftlichen Interessen der in ihm vereinigten Fabriken vertreten und fördern. Vereinbarungen über Preise und Verkaufsbedingungen sind zunächst nicht in den Aufgabenkreis des Verbandes einbezogen.

Nahrungsmittel-Industrie

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an Konserven, Obst und Frischgemüse.

Die Frage, ob Deutschland in der Lage ist, sich selbst mit Obst und Gemüse zu versorgen, hat in den letzten Jahren wiederholt eine Rolle gespielt. Die deutsche Konservenindustrie verlangt dauernd für Konserven und Frischgemüse einen höheren Schutzzoll, weil sie glaubt, auf diese Art gegenüber dem Auslande erfolgreicher konkurrieren zu können. Durch einen hohen Schutzzoll wird aber die Tatsache, daß wir in Deutschland zu wenig anbauen, nicht aus der Welt geschafft. Nun spielt sowohl im deutschen Haushalt wie auch in der Gesamtwirtschaft die Einfuhr von Obst und Gemüse eine bedeutende Rolle. Wir erzeugen nicht soviel, wie wir gebrauchen, infolgedessen führen wir mehr ein als aus. Nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie sich die Einfuhr der gängigsten Arten von Obst- und Gemüsekonserven seit 1913 entwickelt hat.

Einfuhr von Obst- und Gemüsekonserven:

Warengattung	1928 dz	1928 Wert in 1000 RM.	1927 in dz	1913 in dz
Pilze, Tomaten u. a., zer-Champignons in Salzwasser	7 203	1 497	3 774	3 959
kleinert, getrocknet	5 724	781	3 601	10 097
Trockengemüse: Speisebohnen, Erbsen, Trockenkartoffeln usw., Sauerkraut	244 159	6 440	103 454	37 465
Äpfel und Birnen, getrocknet	95 029	12 553	90 434	147 433
Abfälle von Äpfel u. Birnen, getrocknet	5 878	288	12 099	12 713
Aprikosen, Pfirsiche, getrocknet	47 453	7 353	37 628	32 046
Zwetschen, getrocknet	432 126	22 436	282 072	410 759
Kirschen, Prünellen u. a., getrocknet	14 206	1 329	7 618	11 400
Obst, zerkleinert; Mus, ohne Zucker gegoren	61 906	3 819	35 147	16 073
Südfruchtschalen, Zedratfrüchte in Salzwasser	38 346	1 906	21 905	33 763
Zitronensaft	16 689	925	12 585	3 776
Andere Fruchtsäfte, Roh-, Obstkraut	33 530	1 509	18 114	12 594
Fruchtsäfte mit Zucker versetzt oder eingekocht; Schachtelmus (Marmelade)	571	167	1 007	814
Kapern, Oliven, Sardellenbutter u. a. Feinkostwaren	11 441	2 102	10 530	539
Aprikosenmus, Tomatenkonserven usw.	122 543	8 927	78 156	—

Vorstehende Zusammenstellung zeigt starke Schwankungen bei den einzelnen Posten. Sie zeigt aber auch die starke Zunahme der Einfuhr im Jahre 1928. Die Einfuhr der Vergleichsposten betrug 1913 rund 750 000 Doppelzentner, im Jahre 1927 aber nur 718 000 Doppelzentner. 1928 haben wir eine Einfuhr von 1 138 804 Doppelzentner und stehen somit um rund 378 000 Doppelzentner über der Einfuhr von 1913. Nun war das Jahr 1928 in mancher Beziehung ein schlechtes Erntejahr, namentlich hat die Bohnenernte ziemlich versagt. Wir finden deshalb auch bei der dritten Position eine starke Einfuhrsteigerung. Stark gestiegen gegenüber dem Vorjahre ist ferner der Posten getrocknete Zwetschen. Dieser Posten blieb im Jahre 1927 wesentlich hinter der Einfuhr von 1913 zurück, im Jahre 1928 haben wir die Einfuhr von 1913 überholt. Jedenfalls zeigen die Einfuhrzahlen vom letzten Jahre, daß wir gerade in den Jahren, in denen wir bei bestimmten Fruchtarten einen starken Ausfall haben, noch stark auf die Einfuhr angewiesen sind. Wie gestaltete sich nun die Ausfuhr? Im Jahre 1913 führte die deutsche Konservenindustrie insgesamt 92 976 Doppelzentner aus. Im Jahre 1927 betrug die Ausfuhr nur 57 683 Doppelzentner. 1928 dagegen 102 376 Doppelzentner. Wir haben also auch bei der Ausfuhr die Zahlen von 1913 überholt. Über die Einfuhr von rohen Früchten und Gemüsen gibt die nachstehende Aufstellung Aufschluß:

Einfuhr von Gemüse und Obst (frisch) sowie Südfrüchten:

Warengattung	1913 Menge dz	1927 Menge dz	1928 Menge dz	1928 Wert in 1000 Mk.
Gemüse:				
Rotkohl	157 375	319 829	280 519	6 184
Weißkohl	41 145	150 918	202 612	2 579
Wirsingkohl	48 366	149 890	146 925	2 846
Blumenkohl	590 999	1 015 503	941 242	23 328
Rosenkohl	24 131	42 747	36 200	1 458
Melonen	—	3 931	7 956	291
Rhabarber	7 830	10 865	15 032	244
Spargel	8 356	10 997	17 309	1 881
Tomaten	184 185	641 958	1 760 634	127 040
Pilze	—	3 823	4 000	422
Zwiebeln	479 980	638 130	918 867	16 848
Bohnen	813 749	174 075	207 542	6 719
Erbsen	34 077	26 359	13 221	448
Gurken, Kürbisse usw.	183 562	657 305	779 196	20 783
Meerrettich	479	16	145	8
Karotten, Kohlrabi usw.	203 123	107 737	110 684	2 800
Salat, Spinat, Brüsseler Zichorie	259 683	293 747	282 858	13 936
Petersilie, Stangensellerie		3 624	4 705	263
Obst:				
Äpfel	4 490 474	1 718 121	2 128 724	65 698
Birnen, Quitten	384 137	610 880	554 969	23 665
Pfirsiche	38 100	142 152	143 838	7 078
Zwetschen	94 101	37 915	124 887	3 856
Aprikosen, Mirabellen, Reineclauden usw.	80 414	87 558	120 994	4 761
Kirschen, Weichseln	82 873	93 422	80 586	3 809
Erdbeeren	—	43 461	59 072	5 024
Him-, Johannis-, Stachelbeeren	242 036	49 916	54 889	1 937
Brom-, Heidel-, Preisel- und andere Beeren	—	78 517	92 444	5 004
Südfrüchte:				
Bananen	450 508	660 543	878 964	44 706
Apfelsinen, Mandarinen	1 452 728	2 101 963	2 596 845	89 431
Zitronen	367 371	584 506	558 887	18 839
Zedratfrüchte, Mandeln usw.	4 934	6 468	10 147	584
Feigen, frisch oder getrocknet		118 121	112 274	4 934
Ananas, frisch oder ohne Zucker eingek.	30 794	70 246	98 035	10 250

Diese Zusammenstellung zeigt, daß auch bei der Einfuhr von frischem Gemüse, Früchten usw., eine bedeutende Steigerung vorhanden ist. Allein der Posten Tomaten zeigt 1928 gegenüber 1913 eine Steigerung um 184 185 Doppelzentner auf 1 760 234 Doppelzentner. Im Jahre 1927 betrug die Einfuhr dieses Postens nur 641 958 Doppelzentner. Es ist also bei Tomaten gegenüber dem Jahre 1928 eine Steigerung von 1,1 Millionen Doppelzentner zu verzeichnen. Dagegen weist der Posten Blumenkohl gegenüber dem Jahre 1927 einen kleinen Rückgang auf, ist aber immer noch viel höher als 1913. Ähnliche Schwankungen ergeben sich bei anderen Posten. Die Gesamteinfuhr von frischem Gemüse betrug 1913 rund 3 Millionen Doppelzentner, 1928 dagegen rund 5,5 Millionen Doppelzentner. Das macht eine Steigerung um über 75 Prozent aus.

Bei der Obsteinfuhr ist gegenüber 1913 ein Rückgang zu verzeichnen. Allein der Posten Äpfel ist heute über 2 Millionen Doppelzentner niedriger als 1913. Die Gesamteinfuhr an Obst betrug 1913 rund 5,3 Millionen Doppelzentner, sie betrug 1928 rund 3,4 Millionen Doppelzentner. Dagegen ist die Einfuhr an Südfrüchten 1928 wieder wesentlich höher als 1913. Sie betrug damals 2,3 Millionen Doppelzentner und 1928 4,2 Millionen Doppelzentner. Errechnen wir nun den Wert der eingeführten Menge an konservierten und frischen Gemüsen, Obst und Südfrüchten, so führten wir im Jahre 1928 für rund 579 Millionen Mark von diesen Waren ein. Das ist in der deutschen Handelsbilanz ein ganz erheblicher Passivposten. Der weitaus größte Teil der eingeführten Mengen entfällt aber auf Frischgemüse, Frischobst und Südfrüchte. Während wir an Konserven nur für 72 Millionen Mark einführten, betrug die Einfuhr für Frischwaren obiger Gattung rund 500 Millionen Mark. Das Schwergewicht der Einfuhr liegt also nicht bei den konservierten, sondern bei den frischen Waren.

Will Deutschland seinen Bedarf an Obst und Gemüse selbst decken, dann müßten wir, einschließlich der konservierten Menge, rund 9,5—10 Millionen Doppelzentner mehr Obst und Gemüse erzeugen. Dann wären wir aber immer noch auf die Einfuhr von Südfrüchten angewiesen. Sollen wir auch hierfür noch Ersatz in deutschem Obst schaffen, dann würde sich die Erzeugungsmenge noch weiter steigern müssen, was in den nächsten Jahren kaum zu erreichen ist, und so werden wir noch längere Zeit auf die Einfuhr angewiesen sein. E. Senkfeil.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Aufstieg des ZdA.

Die bisher vorliegenden Berichte aus den Ortsgruppen des Verbandes ergeben eine Zunahme von 25 000 neuen Mitgliedern im Berichtsjahr 1928. Das bedeutet gegenüber dem Mitgliederbestand am Anfang des Jahres 1928 einen Zuwachs um 17 Prozent. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Steigerung in der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten weiter anhält.

Literarisches.

— „Die Gemeinde" ist die beste Fachzeitschrift für Kommunalpolitik. Das Heft Nr. 3 ist sehr reichhaltig und vielgestaltig und für die praktische Arbeit zugeschnitten. „Die Gemeinde" kann durch jede Postanstalt oder direkt durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachfg., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, für den Preis von vierteljährlich 3 Mark bezogen werden.